

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 19. Dezember 1958

Blatt 2708

Geehrte Redaktion!

=====

19. Dezember (RK) Für Montag, den 22. Dezember, hat der Presseclub Concordia zu einer Pressekonferenz eingeladen, die sehr interessant zu werden verspricht. Die in- und ausländischen Journalisten werden von maßgebenden Persönlichkeiten von Bund und Stadt zum ersten Male grundlegende und eingehende Informationen über die Planung eines Wiener Autobahn- und Expresstraßennetzes erhalten.

Bei dieser Pressekonferenz werden auch die bereits ausgearbeiteten Pläne zu sehen sein und im einzelnen erläutert werden. Unterlagen für jeden Besucher der Pressekonferenz werden von der Wiener Stadtbauamtsdirektion vorbereitet sein.

Treffpunkt: Montag, den 22. Dezember, um 14.30 Uhr, im Presseclub Concordia, 1, Bankgasse 8, Telefon 63-85-73.

- - -

Wohnungstausch auch in Winter  
=====

19. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, beschäftigt sich in einem einleitenden Absatz mit der Frage, ob ein Wohnungstausch im Winter günstig ist. Erfahrungsgemäß bietet gerade die kalte Jahreszeit die beste Gelegenheit zur Auffindung eines Tauschpartners.

Der Tauschanzeiger enthält auf 28 Seiten wie immer Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, ferner in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen sowie Angebote aus den Bundesländern und aus dem Ausland. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 4. Februar erscheint, kann bis spätestens 22. Jänner im Tauschreferat der Gemeinde Wien, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

Der Tauschanzeiger ist in den Wiener Trafiken, in den Bezirksstellen des Wohnungsamtes und im Tauschreferat um 1.50 Schilling erhältlich.

- - -

In Gleistrog tödlich verunglückt  
=====

19. Dezember (RK) Gestern abend wurde in der Schüttelstraße, nächst dem Gassteg, eine im Gleistrog der Linie 80 liegende Frau von einem Sonderzug überfahren. Es handelt sich um die 76jährige Ottilie Szepak, 3, Apostelgasse 24. Die Verunglückte wurde von der Feuerwehr durch Heben des Triebwagens befreit, doch konnte der Arzt des Rettungsdienstes nur mehr den Tod feststellen. Die Greisin erlitt schwere Kopf- und Oberkörperverletzungen.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

=====

Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

19. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Gemeinderat heute früh zusammen, um die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien fortzusetzen.

Über die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, referierte Stadtrat Glaserer (SPÖ). Er stellt einleitend fest, daß sich im Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 50 durch das Außerkrafttreten des sogenannten Neuvermietungsgesetzes, eine wesentliche Änderung ergeben hat. Der Wirkungsbereich dieser Abteilung wurde stark eingeengt, da freiwerdende Wohnungen vom Hauseigentümer ohne jede Beschränkung vergeben werden können. Bis zum 30. Juni wurde die Vermietung von 5.286 Wohnungen an vorgezeichnete Bewerber angezeigt. Vielfach wurde der Anzeigeverpflichtung freistehender Wohnungen jedoch nur sehr zögernd nachgekommen. Aus diesem Grunde mußten 414 Strafanzeigen erstattet werden. Die Zahl der auf dem privaten Wohnungssektor freiwerdenden Klein- und Mittelwohnungen beträgt jährlich 8.000 bis 10.000. Für die Vergebung dieser Wohnungen gibt es derzeit keinen sozialen Beweggrund und keinen Bedürftigkeitsgrad. Diese Wohnungen werden nurmehr nach rein merkantilen Gesichtspunkten vergeben. Das heißt: verfügt der noch so bedürftige Wohnungssuchende nicht über entsprechende Mittel, kann er keine Wohnung bekommen. Eher bleibt die Wohnung leer stehen, als daß auf eine entsprechend hohe Ablösesumme verzichtet wird. Eher werden die Wohnräume in Büros, Werkstätten, Lagerräume oder dergleichen umgewandelt. Eine gesetzliche Regelung, die mindestens den Wohnraumbestand sichert, ist daher eine dringende Notwendigkeit geworden.

./.

Die Befürchtungen der Kenner der Verhältnisse, daß nunmehr die Wohnungsablösen gewaltig steigen werden, sind leider pünktlich eingetroffen. Daran konnte auch der Aufruf der Hausbesitzervereinigung an seine Mitglieder nichts ändern.

Der Referent beschäftigte sich dann mit der Erfassung und Vermerkung der Wohnungssuchenden in diesen Jahr: So haben sich auf Grund des Neuvermietungsgesetzes nicht weniger als 73.852 Personen um eine Vermerkung als wohnungsbedürftig beworben.

Davon konnten 48.037 Ansuchen in Vermerkung genommen werden, während die anderen Fälle, da sie den Bestimmungen des Gesetzes nicht entsprachen, abgelehnt werden mußten.

Der Referent kommt sodann auf die Vermerkungen nach dem Stand vom 30. November zu sprechen. Es waren folgende Fälle vermerkt: wegen Einsturzgefahr 717, bestehender Obdachlosigkeit 3.612, bevorstehender Obdachlosigkeit 5.809, schwerer Gesundheitsgefährdung für die Familiemitglieder bei Schlafen in gemeinsamen Räumen 191, Überbelag 14.730, gesundheitsschädliche Wohnungen, die zum Teil bereits gesperrt sind, 7.231, getrennte Haushalte 1.428, insgesamt also 33.718 Fälle, von denen 10.329 als sehr dringend gelten. Bei einem Vergleich mit Statistiken der vergangenen Jahre zeigt sich, daß die Zahl der Notstandsfälle mit rund 10.000 in all diesen Jahren vollkommen gleich geblieben ist. Der Überbelag ist in Wirklichkeit weitaus größer, da sich viele gar nicht erst beim Wohnungsamt angemeldet haben.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1958 wurden 7.086 Wohnungen zugewiesen. Darunter waren: 484 Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen, 188 obdachlose Familien aus den städtischen Herbergen, 719 obdachlose Familien aus Baracken, Schrebergärten usw., 708 von Obdachlosigkeit bedrohte Familien, 644 Mieter aus freizumachenden Objekten, 86 Fälle wegen Tbc, 1.896 aus überbelegten Wohnungen, 632 aus gesundheitsschädlichen und zum Teil bereits gesperrten Wohnungen, 122 Ehepaare, die keinen gemeinsamen Haushalt führen konnten, 1.533 Fälle wegen sozialen Notstand, 52 alte Leute und alleinstehende Personen, die eine große Wohnung gegen eine kleine wechselten, 22 Ordinationswohnungen.

Der Redner verweist darauf, daß in einer Zeitung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes der Wunsch geäußert wurde, die Stadtverwaltung möge jährlich wenigstens 30 bis 40 alte Hausbesorger in Gemeindewohnungen unterbringen. Dazu muß er sagen, daß die Stadtverwaltung auf diesem Gebiet rund das Zehnfache geleistet hat. Aus dem privaten Sektor hat sie 273 Hausbesorger herausgenommen und aus den Gemeindebauten 118 Hausbesorger, die infolge Krankheit ihre Arbeit nicht mehr leisten konnten.

Die soziale Stellung der Wohnungswerber, die eine Wohnung erhielten, ist folgende: 706 Bundesangestellte, 700 Gemeindeangestellte, 106 Krankenpflegerinnen, 1.131 Pensionisten und Rentner, die hauptsächlich aus den Assanierungsgebieten herausgenommen werden mußten, 3.082 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 927 Angestellte in der Privatwirtschaft, 412 Freiberufliche und Selbständige, 22 Ärzte. Bei den Freiberuflichen und Selbständigen ist zu sagen, daß diese zum größten Teil in mit Wohnbauförderung gebaute Wohnungen eingewiesen wurden. Stadtrat Glaserer kommt dann auf einen Fragebogen der Stadtverwaltung zu sprechen, den diese an ihre Mieter ausgegeben hatte. Zu bemerken ist, daß 8  $\frac{1}{2}$  Prozent der jetzt in Gemeindehäusern Wohnenden diesen Fragebogen nicht ausgefüllt haben. Nach den eigenen Angaben der Mieter haben sie nach dem Jahre 1945 aus folgenden Gründen Wohnungen erhalten: Ausgebombt 9.505, einsturzgefährdete Wohnung 5.066, obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht 11.750, gesundheitsschädliche Wohnung 7.416, Überbelag 10.917, Neugründung eines Haushaltes 3.668, Krankheit, Alter 1.991, Opferausweis 497, Kriegsinvalide 364, Zivilinvalide 99, Untermieter 2.506. Insgesamt sind dies 53.779 erledigte Wohnungsfälle.

Die Zahl der 9.505 Ausgebombtenfälle sei tatsächlich viel höher, da viele Ausgebombte 1945 provisorisch in freistehende aber mietrechtlich nicht freigewordene Wohnungen eingewiesen wurden. Diese Familien mußten dann vielfach die Wohnungen räumen und scheinen in der Zahl der obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedrohten auf. Viele Ausgebombte wurden außerdem auch in freie Privatwohnungen eingewiesen. In Gemeindebauten selbst sind jährlich rund 1.500 Wohnungen zum Wiederbezug freigeworden. Auch in diesen Wohnungen wurden Ausgebombte untergebracht und wenn man nur  $\frac{1}{3}$  davon dafür in Rechnung stellt, so sind das weitere 6.500

ausgebombte Familien.

Das bedeutet praktisch, daß in den gemeindeeigenen Häusern rund 20.000 ausgebombte Familien bisher untergebracht wurden.

Die zweite Abteilung dieser Geschäftsgruppe besteht aus der Wohnhäuser- und Amtshäuserverwaltung, der Möbelgruppe und der Gruppe für Siedlungs- und Kleingartenwesen. Die städtische Wohnhäuserverwaltung ist die größte und ständig noch größer werdende Gruppe dieser Abteilung. Mit Ende November 1958 werden von dieser Gruppe 128.808 Mietobjekte verwaltet. Durch den Wohnhausbau der Gemeinde sind im Berichtsjahr 3.582 Mietobjekte hinzugekommen, 608 dieser Mietobjekte wurden mit Mitteln der Wohnbauförderung errichtet.

Durch das Abgehen von der kopfzahlmäßigen Zuweisung haben wir, bei diesen aus Mitteln der Wohnbauförderung errichteten Bauten, vielen Wissenschaftlern und Künstlern, Journalisten und anderen freien, akademischen Berufen, den für diesen Kreis so notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen können. Damit haben wir die Voraussetzung geschaffen, um diesem Kreis ihre schöpferische und künstlerische Tätigkeit zu ermöglichen.

Im kommenden Jahr wird erstmalig eine völlig neue Type des kommunalen Wohnungsbaues besiedelt. Die Wohnungen werden nach einem wesentlich besseren Grundriß gebaut und mit einer noch besseren Ausstattung versehen sein. Für diese neue Wohnungstypen hat der hiefür zuständige Gemeinderatsausschuß den Jahresmietzins mit zwei Prozent des Bauaufwandes festgesetzt. Für Geschäftslokale beträgt der Zins vier Prozent.

Mit allem Nachdruck möchte ich feststellen, daß diese Regelung keine Mietzinserhöhung für die Mieter unserer bestehenden Gemeindewohnungen bedeutet. Diese Regelung bedeutet lediglich, daß für eine neue Wohnungstypen ein neuer Mietzins festgelegt wurde. Diese Regelung bedeutet auch kein Abweichen von den bereits in der Ersten Republik aufgestellten Grundsätzen einer Mietzinsbildung. Der Mietzins für diese neue Typen soll lediglich neben den Instandhaltungs- und Verwaltungskosten eine einprozentige Wertabschreibung sichern.

Auch im kommenden Jahr wird unsere Aktion, noch nicht mechanisch eingerichtete Waschküchen mit modernen Waschmaschinen auszustatten, fortgesetzt werden. Im Voranschlag sind hiefür wieder

./.

fünf Millionen Schilling vorgesehen. Wir glauben, damit vor allem den Bedürfnissen der immer größer werdenden Zahl der berufstätigen Frauen zu entsprechen.

Von der Wohnhäuserverwaltung werden auch 680 Althäuser erfaßt. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Zahl der städtischen Althäuser in absehbarer Zeit geringer wird, da die Stadt Wien laufend Althäuser für Assanierungszwecke ankauft.

Der Voranschlag der Häuserverwaltung weist Gesamteinnahmen von 149 Millionen auf, denen Gesamtausgaben von 199 Millionen gegenüberstehen. Das bedeutet, daß wir diesmal ein ausgeglichenes Budget vorlegen können. Dies ist möglich geworden, da im großen und ganzen der durch Kriegs- und Nachkriegszeit entstandene enorme Nachholbedarf als abgeschlossen bezeichnet werden kann.

Für die nächsten Jahre steht uns allerdings noch eine andere Aufgabe bevor. Durch die stark gesteigerte Verwendung von elektrischen Geräten verschiedenster Art entsprechen in vielen Zwischenkriegsbauten die Steigleitungen nicht mehr den gewaltig erhöhten Erfordernissen. Diese Tatsache wird zweifellos das Budget der Häuserverwaltung in den nächsten Jahren stark belasten.

Die Gruppe Amtshäuser verwaltet derzeit 122 gemeindeeigene Objekte. Die Siedlungsgruppe betreut und verwaltet 120 Anlagen mit rund 8.700 Wohnungen.

Durch das Wohnbauförderungsgesetz sind die Bemühungen, von der Stadt Grundflächen im Baurecht zu erhalten, gewaltig gestiegen. Dies gilt sowohl für baurechtswerbende Genossenschaften, wie für Einzelbaurechtswerber. Zeit über 100 solcher Baurechtswerbungen konnten in diesem Jahr positiv erledigt werden.

Zu Beginn des Verwaltungsjahres standen für Kleingärten 6,124.674 Quadratmeter gemeindeeigene Gründe zur Verfügung. Trotz Freimachung namhafter Flächen für das gemeindeeigene Wohnbauprogramm sowie für genossenschaftliche Baurechtsbestellungen, ist die kleingärtnerisch genutzte Fläche nicht kleiner, sondern größer geworden und beträgt derzeit 6,260.574 Quadratmeter.

Mehr als 100.000 Quadratmeter Ernteland wurde widerrufen und für Bauzwecke frei gemacht, sodaß derzeit noch rund 1 Million Quadratmeter städtischer und privater Grund für Erntelandzwecke genützt wird.

Der Entwurf für das Wiener Kleingartengesetz, das in Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen ausgearbeitet worden ist, wurde bereits bei der Landesregierung eingereicht. Es ist zu hoffen, daß es demnächst dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Die sogenannte Möbelgruppe in der Magistratsabteilung 52 existiert nicht mehr. Sie ist Ende November liquidiert worden. Diese Verwaltungsaufgabe war der Stadt Wien nach dem Einmarsch der Roten Armee aufgezwungen worden, zunächst durch den Auftrag der Russen, die Unterkünfte des Militärs mit NS-Möbel auszustatten und schließlich durch den Befehl Blagodatow's, die Möbel aus den Wohnungen abwesender Nationalsozialisten zu beschlagnehmen und diese den Bombengeschädigten und KZ-ler zu zuweisen.

Dann kam die verhängnisvolle Schenkungserklärung, bekannt als "Lebedenko-Schenkungen", ein Danaergeschenk, durch welches der Stadt Wien eine äußerst undankbare und recht unpopuläre Rolle übertragen worden ist. Schließlich wurde Anfang 1947 im Parlament das Nationalsozialistengesetz beschlossen und damit die Angelegenheit durch ein Verfassungsgesetz geregelt.

Bei einiger Objektivität muß zugegeben werden, daß gerade durch die Einschaltung des Verwaltungsapparates der Stadt Wien und dessen straffer Führung eine Verschleppung der Möbel verhindert wurde, und nur die Aufzeichnungen des Magistrates ermöglichten, daß nach dem Inkrafttreten des NS-Amnestiegesetzes alle ehemaligen Eigentümer, sofern sie darum angesucht haben, ihre Möbel zurückerhalten konnten.

Es gab ungefähr 29.000 Möbelzuweisungen an Bombengeschädigte und KZ-ler. In der Schlußphase der Liquidation verblieben nicht ganz 5.000 Möbelbenützer, deren Möbel von den ehemaligen Eigentümern nicht zurückgefordert wurden. Diese Möbel wurden gemäß dem Beschluß des Gemeinderates vom 30. Mai 1958 den derzeitigen Benützern verkauft. Als Verkaufspreis, der der Fürsorge zufließt, wurde ein Betrag festgesetzt, der der Hälfte des beim Abschluß des Mietvertrages ermittelten Schätzwertes der Möbel entsprach.



Dieser Betrag war unter Bedachtnahme auf langjährige Benützung der Möbel als gerechtfertigt und angemessen anzusehen.

Für die Möbelbenützer, die die Möbel auf Grund der gesetzlichen Regelung zurückstellen mußten, wurde in der Form Vorsorge getroffen, daß die Stadt Wien einen Betrag von 50 Millionen Schilling für die Gewährung von unverzinslichen Darlehen, im Einzelfalle bis zum Betrage von 15.000 Schilling bereitgestellt hat. Das Darlehen ermöglichte es den Möbelbenützern, neue Möbel käuflich zu erwerben. Die Rückzahlung dieser Darlehen erfolgt in gleichen Ratenzahlungen in der Dauer bis zu 10 Jahren.

Von den seinerzeitigen 29.000 Möbelbenützern waren im Zeitpunkt des Inkrafttretens des NS-Amnestiegesetzes nur mehr 18.000 Benützer verblieben. Es haben also 11.000 Benützer ihre Möbel vor der gesetzlichen Regelung zurückgestellt. Dies beweist, daß die Möbelgruppe hauptsächlich auf Grund der wiederholten Aufforderungen durch den Bürgermeister, lange vor der gesetzlichen Regelung, um eine Liquidierung erfolgreich bemüht war.

Abschließend dankte Stadtrat Glaserer den Mitgliedern seines Ausschusses für die loyale Zusammenarbeit sowie allen seinen Mitarbeitern. (Beifall bei der SPÖ.)

#### Debatte über das Wohnungswesen

GR. Hausner (VO) erklärte, es sei undenkbar, daß die Gemeinden in der Lage wären, den Obdachlosen und Wohnungsbedürftigen Wohnungen zu geben, wenn keine Möglichkeit besteht, freiwerdenden Wohnraum zu erfassen und der wohnungssuchenden Bevölkerung zuzuteilen. Schuld seien die beiden Regierungsparteien, in deren Händen es gelegen wäre, die notwendige Vorsorge zu treffen, daß endlich wieder gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, damit die Gemeinden das Recht haben, den vorhandenen Wohnraum gerecht zu verteilen. Die sozialistischen Minister und Abgeordneten und die sozialistischen Zeitungen fordern, daß Schluß gemacht wird mit dem Wohnungswucher. Aber keiner von ihnen rührt einen Finger um Hilfe für unsere Obdachlosen zu leisten. Rücksichtslos werden Ablösesummen gefordert, ohne daß sich ein Minister findet, der verpflichtet wäre, diese strafbare Handlung zu ahnden.

./.

Man möge doch endlich einmal ein Wohnungsanforderungsgesetz beschließen, das es den Hauseigentümern gegen Strafe verbietet, solche Unsummen für Wohnungsablösen zu fordern.

Die beiden Koalitionsparteien haben nun Gesetzesanträge eingebracht. Aber man wisse aus Erfahrung, daß das wieder nur ein Wahlmanöver ist. Die Volkspartei ist die Fahnenträgerin der privatkapitalistischen Interessen, und die Sozialistische Partei unternimmt auf diesem Gebiet nichts, um ihr Widerstand zu leisten. Im Gegenteil. Dazu kommt noch, daß eine Verschärfung für die Ärmsten dadurch eintritt, daß die Gemeinde Wien nun darangeht, die Mietzinse in den Gemeindefhäusern zu erhöhen. (GR. Windisch (SPÖ): Sie sprechen wider besseres Wissen!) Der Herr Amtsführende Stadtrat hat es mitgeteilt. (GR. Windisch: Gerade das Gegenteil hat er gesagt!) Es ist überhaupt ein sonderbarer Zustand, daß solche weitreichende Entscheidungen von einem Ausschuß besprochen und dem Gemeinderat gar nicht zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Volkspartei wird sich nicht abhalten lassen, diese Zinserhöhung als Anlaß zu nehmen, eine allgemeine Zinserhöhung zu fordern.

Der Redner macht die Gemeinde für die Unterbringung der Obdachlosen verantwortlich, kritisierte, daß Hauseigentümer Ausgebombte vom Wiederaufbau des Hauses nicht verständigten, während man solchen, die es sich leisten können, aus Steuergeldern Paläste baue, und forderte bei der Vergabe der Wohnungen eine bessere Qualifizierung, um so eine gerechtere Verteilung zu erreichen. Als Musterbeispiel führt er Prag an, wo gleichfalls Wohnungsnot herrscht, wo aber jeder Bewohner die Möglichkeit hat festzustellen, wer in eine Wohnung eingewiesen wird, um im Falle einer vermuteten Bevorzugung Einspruch zu erheben. Man soll auch hier versuchen, dem Prinzip der Gerechtigkeit nahezukommen. (GR. Ployl (SPÖ): Man kann auch Wohnungen vergeben, indem man Menschen von der Stadt in die Provinz schickt, wie zum Beispiel in Budapest!)

Schließlich forderte der Redner Ersatz für das Obdachlosenheim in Mauerbach, sprach sich für die Erlassung einer Kleingartenordnung und eine bessere Subventionierung der Kleingärtner zur Schädlingsbekämpfung aus und verteidigte die Möbelaktion von 1945, da diese kein Danaer-Geschenk, sondern eine glückliche Lösung für die aus den Konzentrationslagern Entlassenen war. Mit der Ablehnung dieses Kapitels wolle seine Fraktion zum Ausdruck bringen, daß sie gegen die derzeitige Wohnungspolitik ist.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) hob die Bedeutung der Wohnung hervor und vertrat die Ansicht, daß der gehobene Lebensstandard nichts nützt, wenn der Mensch keine menschenwürdige Behausung hat, und viele Probleme unserer Zeit, Nervosität, Flucht aus der Familie, entwurzelte Jugend, ihren Ursprung im Mangel an entsprechenden Wohnraum haben.

Auch auf diesem Gebiet muß Menschen zu Eigentum verholfen werden, denn Eigentum ist eines der kostbarsten Güter, das wir zu verteidigen haben. Der Zug zur Bildung von Eigentum und damit einer Unabhängigkeit erfaßt immer weitere Kreise; Arbeiter und Beamte, Künstler und Wissenschaftler, Angestellte und Gewerbetreibende. Sie alle trachten auch auf dem Gebiet der Wohnung zu Eigentum zu kommen, sei es nun in der Form von Eigentumswohnungen oder durch den Bau von Eigenheimen. Wir bekennen uns zum Wohnungseigentum und hoffen, daß möglichst viel auch in Zukunft dazu getan wird (Beifall bei der ÖVP).

Die Rednerin nimmt sodann zu der Vergebung der Baurechtsgründe Stellung und erklärt, daß diese nach rein politischen Gesichtspunkten vorgenommen werde. Für die auf Baurechtsgründen errichteten Wohnungen müssen die Bauwerber einen weitaus geringeren Beitrag leisten als auf anderen Gründen, bei denen die Grundkosten ebenfalls aufzubringen sind. Da nur ein geringer Teil der Wohnungswerber zu solchen Wohnungen kommen kann, müßten diese wenigstens gerecht verteilt werden.

Das ganze Kapitel der Wohnraumbeschaffung sei überaus kompliziert. Alle verantwortlichen Kräfte müßten sich aus diesem Grunde zusammentun, um endlich gemeinsame Lösungen in dieser Frage zu finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Bürgermeister Jonas bei der Eröffnung der Wohnhausanlage, in der sich die 50.000. gebaute Gemeindefohnung befindet, erklärte, daß dieser Tag einen Ehrenplatz einnehmen werden, könne ihre Fraktion dem nur zustimmen. Einen Ehrenplatz in Bezug darauf, was von der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung an Mitteln aufgebracht wurde, um so viele Wohnungen zu bauen. Ihre Fraktion habe sich immer zum sozialen Wohnhausbau bekannt. Sie tritt darüber hinaus jedoch auch dafür ein, daß neben Steuergeldern noch andere Mittel zum Wohnungsbau herangezogen werden. Es soll auch allen jenen geholfen werden, die aus eigenen Mitteln einen Teil zum Wohnungsbau beitragen wollen. Sie bezeichnet die "Neue Wiener Wohnbauaktion" als eine sehr späte Erfüllung der Forderung, den Bauwilligen zu unterstützen, der selbst einen Beitrag zum Bau seiner Wohnung leisten will. Es gibt heute bereits viele, die auf eine nicht lebensnotwendige Ausgabe zugunsten einer besseren Wohnkultur gerne verzichten. Man muß ihnen nur die Möglichkeit zur Mitleistung geben.

Die Rednerin nimmt dann zu den Wohnungsvergaben Stellung und bezeichnet sie als nicht ganz gerecht und politisch beeinflusst. Es gäbe Fälle, die lange nicht so bedürftig sind als andere, die aber früher eine Wohnung bekommen. (Zwischenruf GR. Mayr (SPÖ): Soll man jedem Tbc-Kranken der eine Wohnung bekommt, einen Zettel um den Hals hängen, auf dem Tbc steht?) Als begrüßenswert bezeichnet sie die Ausführungen des Stadtrates, die genaue Zahlen, welche Fälle in die Wohnungen eingewiesen wurden, enthielten. Sie wirft die Frage auf, warum es nicht möglich ist, eine Kommission zu bilden, die die Einweisungen nach Gründen der Dringlichkeit vornimmt. Der zuständige Gemeinderatsausschuß müßte hier ein Mitspracherecht haben. Sie bezeichnet es vielleicht als einen Anfang auf diesem Weg, daß für die Vergabe der Annuitätenzuschüsse eine Kommission für die Vergabe eingesetzt wird. Sie stellt die Frage an den Stadtrat, ob es richtig ist, daß man ein Punktesystem, nach dem die Wohnungsvergaben vorgenommen werden sollen, ausarbeiten will. Etwas ähnliches gibt es schon in Graz. Es könnte dadurch jede Art von Protektion ausgeschaltet werden.

GR. Hiltl stellt fest, daß es außer dem quantitativen auch ein qualitatives Wohnungsproblem gibt. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang die Kreditaktion der Gemeinde zur besseren Ausgestaltung von Altwohnungen. Durch diese Kreditaktionen können ja nun auch Küchenmöbel und Kühlschränke angeschafft werden. Sie richtet einen Appell an die Hausbesitzer, bei Modernisierungen in Altwohnungen ihre Einwilligung nicht zu versagen.

Als erfreulich bezeichnet sie es, daß bereits eine größere Zahl von jungen Ehepaaren bei den Wohnungsvergebungen berücksichtigt wurde. Trotzdem ist dies nur ein sehr geringer Teil. Größeres Augenmerk müßte der Zusammenlegung der Kleinwohnungen in der Siemensstraße zugewendet werden. Sollten jedoch Zusammenlegungen Schwierigkeiten machen, müßte man in Notstandsfällen die Leute herausnehmen und in die kleinen Wohnungen alleinstehende Personen einweisen. Unwillen erzeuge es bei der Bevölkerung, daß die Gemeindebauten nach ihrer Fertigstellung oft längere Zeit leer stehen. Auf dem Gebiete der Möbeleinlagerungen tritt die Rednerin für eine Verlängerung der Lagerzeit ein. Sie fragt Stadtrat Glaserer, warum der Konsumverein im 9. Bezirk vergrößert wurde. Zu dieser Vergrößerung mußte eine Wohnung herangezogen und die Mieterin anderweitig untergebracht werden. Als erfreulich bezeichnet sie es, daß bereits 118 Hausbesorger aus Gemeindewohnungen, bzw. 273 aus privaten Wohnungen untergebracht wurden, die ihre Arbeit infolge Alter oder Krankheit nicht mehr leisten konnten. Sie bedauert es, daß sich auf ihren Appell im vorigen Jahr an die Hausbesitzer, ihre alten Hausbesorger in freiwerdende Wohnungen unterzubringen, nur einer gemeldet hat. Sie richtet trotzdem heuer wieder diesen Appell an alle Hausbesitzer in der Hoffnung, daß sich vielleicht doch mehr melden werden.

Bedauerlich sei, daß Delogierte vielfach nicht einmal in den Obdachlosenheimen Platz finden können. Hier könnte vielleicht durch die Vorsorge von Reservewohnungen für solche Zwecke Abhilfe geschaffen werden. Sie tritt dafür ein, daß man bei Ehepaaren mit bereits einigen Kindern die Wohnungsgröße nicht zu genau begrenzen soll.

GR. Hiltl betont abschließend, daß eine ordentliche Wohnung zu den elementarsten Bedürfnissen des Menschen zählt. Alle Kräfte müßten sich für den Bau von Wohnungen einsetzen sowie für die Verbesserung des alten Wohnraumes. Die Besserenmittelten sollen durch Eigenleistungen herangezogen werden, Beiträge für den Bau ihrer Wohnungen zu leisten. Es muß das Streben aller Parteien sein, auf dem Wohnungssektor eine menschliche Lösung zu finden und alle noch offenen Fragen zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) führt aus, die Gruppe IX gehöre nicht zu den Budgetriesen. Trotzdem entfachen sich an der Tätigkeit dieser Gruppen die Leidenschaften. Das ist nicht verwunderlich, denn es geht um die Verteilung des Wohnraumes, den die Stadt Wien zur Verfügung hat. Nach den Ausführungen des Referenten könne man annehmen, daß in Wien jede siebente Familie ihre Wohnverhältnisse ändern möchte. Das ist der Beweis dafür, daß sich in Wien ein unerhörter Prozeß einganggesetzt hat. Was sich durch Jahrhunderte an Wohnkultur angehäuft hat, ringt nun nach einer Lösung. GR. Hiltl hat gesagt, die Lösung des Wohnproblems ist eine Frage, die alle angeht. Diese Worte möchte er dreifach und rot unterstreichen! Aber die ÖVP hinkt leider um Jahrzehnte nach.

Dr. Bohmann hebt aus dem Bericht des Referenten die Zahl der Einweisungen von Bombenbeschädigten hervor. 20.000 Bombenbeschädigte wurden in Gemeindewohnungen eingewiesen. Das heißt, daß 30 Prozent des Wohnraumes der Gemeinde dafür zur Verfügung gestellt wurden; eine soziale Tat, die in der Wiener Bevölkerung wirklich gewürdigt werden soll! Waren aber auch alle anderen Körperschaften, die mit öffentlichen Mitteln Wohnraum beschaffen, sich der gleichen Verpflichtung bewußt? fragt der Redner. Er kritisiert in diesem Zusammenhang vor allem die Verteilung des Wohnraumes, der aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds geschaffen wurde. (Beifall bei der SPÖ. - GR. Schwaiger (ÖVP): Der Prinke geht Euch halt nicht unter die Nase!) 7,3 Milliarden wurden bisher aus diesem Fonds zum Bau von Wohnungen verwendet. Fünf Milliarden werden noch aufgewendet werden. Bei der Schaffung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes war es jedoch die Absicht, dieses Mittel dazu zu verwenden, um Wohnraum zu schaffen, der den Opfern des Krieges, also den Bombenbeschädigten, zugutekommen soll.

Was ist aber aus der Absicht des Gesetzgebers geworden? Besonders im Wege über das Wohnungseigentum ereignen sich täglich Exzesse, die der Absicht des Gesetzgebers ins Gesicht schlagen, wobei Wucherverdienste erzielt werden. (Zustimmung bei der SPÖ!)

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Anforderungsrecht der Gemeinde und weist nach, daß dieses Recht zu einer Farce geworden ist. Im Falle des Wohnungseigentums ist eine Anforderung überhaupt nicht möglich. In anderen Fällen sind Prozesse nötig, die drei Jahre und länger dauern würden. Es wäre höchste Zeit, so ruft der Redner aus, eine Änderung herbeizuführen!

Das Wohnungsproblem ist ja längst in die Sphäre des öffentlichen Rechts hineingedrängt worden. Zwei Aufgaben gibt es hier: in Notstandsfällen zu helfen und der Wohnkultur den Weg zu weisen! Die Gemeinde Wien hat 50 Prozent des ihr zur Verfügung stehenden Wohnraumes für Notstandsfälle verwendet, die Ausgebombten nicht eingerechnet. Aber die Gemeinde allein kann diese Funktion nicht voll erfüllen. Wir verlangen, daß der ganze verfügbare Wohnraum einschließlich des Privathausbesitzes zur Linderung der Wohnungsnot verwendet wird.

Auf dem Gebiet der Wohnkultur waren es gleichfalls die Sozialisten, die in dieser Stadt den Weg dazu auch für die arbeitende Bevölkerung gebahnt haben. Allein aber sind sie ebenfalls nicht imstande, eine bessere Art des Wohnens allgemein zu verwirklichen.

Wenn die ÖVP die Meinung vertritt, daß das freie Spiel von Angebot und Nachfrage der beste regulierende Faktor auf dem Gebiet des Wohnungswesens sei, so müsse er wieder sagen, daß die Volkspartei um Jahrzehnte zurück ist. Die Wohnung ist doch längst nicht mehr eine Ware, sie kann nicht nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen umgesetzt werden, sondern nur nach öffentlich-rechtlichen Aspekten. Heute haben wir wieder den Zustand, daß tausende Notstandsfälle nicht gelöst werden können, während auf der anderen Seite schamloser Wucher getrieben wird. Der Redner begrüßt daher, daß Bürgermeister Jonas im Nationalrat neuerlich Anträge eingebracht hat, um den 1. erstehenden Wohnraum zu schützen.

GR. Dr. Bohmann beschäftigt sich im folgenden mit dem von Nationalrat Prinke eingebrachten sogenannten Obdachlosenschutzgesetz. Dieses müsse als ein Ausnahmegesetz gegen die Gemeinde Wien bezeichnet werden.

In Wien ist bereits jede sechste Wohnung eine Gemeindewohnung. Ich glaube, daß die Wiener Bevölkerung diese Feststellung mit einer wirklichen Zuversicht erfüllt und sie daraus die Hoffnung schöpfen wird, daß die große Wohnungsmisère bald überwunden sein wird.

Wir alle sind verpflichtet, Stadtrat Glaserer für seine Mühe und die objektive Führung seines Amtes zu danken. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Stadtrat Glaserer kam in seinem Schlußwort auf die Forderung zu sprechen, für die Wohnungsvergabe eine Kommission einzusetzen, und erklärte: Ich habe nichts gegen Kommissionen, aber diese müßte in Permanenz tagen. Und es müßte dann für alles, was gebaut wird, eine solche Kommission bestehen. (Beifall bei der SPÖ). Auch der Wohnbauförderungsbeirat entscheidet durchaus nicht, wer in eine Wohnung hineinkommt, sondern wie die Mittel verwendet werden. Dasselbe soll auch der Beirat für die "Neue Wiener Wohnbauaktion" tun.

Weiter wies der Redner die Ansicht des GR. Hausner über eine Mietzinserhöhung bei den städtischen Wohnungen zurück und sagte: Bei dieser neuen Mietzingsbildung handelt es sich nur um die neue Type, die nach neuen Grundrissen errichtet und mit besserer Ausstattung versehen sein soll. Sie kommt noch immer weit billiger, als wenn wir die Mietzinse aus der Ersten Republik mit dem Faktor sieben valorisieren würden. Es ist die Zeit gekommen, wo wir einen Wohnraum schaffen müssen, der der heutigen Gesinnung entspricht. Wir sind auch verpflichtet, Wohnungen herzustellen, die auch die nächste Generation noch gerne benützt.

Auch den Vorwurf der GR. Hiltl wegen der Vergabe von Gemeindewohnungen nach dem Parteibuch wies der Referent zurück. Nehmen wir an, sagte er, daß in den 120.000 Gemeindewohnungen 300.000 Menschen wohnen. Das entspricht der Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei von Wien. Ich hätte also, nach Ihrer Meinung, gar keine Mitglieder mehr unterzubringen (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ).



Wir sind keine Anhänger von Zwangsbewirtschaftungsgesetzen. Aber eine Bewirtschaftung ist auf allen Gebieten dann gerechtfertigt, wenn Mangel herrscht. Wir haben nie behauptet, daß durch eine Bewirtschaftung mehr Wohnraum entsteht. Die Volkspartei hat behauptet, daß, wenn man die Bewirtschaftung aufhebt, mehr Wohnraum zur Verfügung stehen wird. Die Figura zeigt, ist das völlig falsch. Aber durch eine Bewirtschaftung kann Wohnraum gerechter verteilt werden, und darauf kommt es an. Wir wollen kein Monopol für die Unterbringung der Notstandsfälle. Aber wir können sie nicht unterbringen, wenn uns nicht der gesamte Wiener Wohnraum zur Verfügung steht. (Beifall bei der SPÖ.) Glauben Sie nicht, daß es unbedingt notwendig ist, den bestehenden Wohnraum als Wohnraum sicherzustellen und die Zweckentfremdung zu verhindern?

Dem GR. Hausner, der davon sprach, daß in Prag die Namen der in Wohnungen Eingewiesenen veröffentlicht werden und dagegen Einspruch erhoben werden kann, entgegnete der Berichterstatter. Den Prager möchte ich kennen, der das tut! (Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Würden wir die Namen der Eingewiesenen publizieren, dann würden alle gleichgelagerten Fälle, die nicht berücksichtigt werden konnten, das als Protektion bezeichnen. Auch können wir nicht die Namen der Menschen publizieren, die aus gesundheitlichen Gründen eingewiesen werden, weil sie sonst gemieden würden.

Das Amt in der Bartensteingasse ist nicht beleidigt, wenn sich ein Abgewiesener an den Bundespräsidenten, an einen Minister oder Abgeordneten wendet, denn das tun ja alle, und da kämen wir aus dem Beleidigtsein gar nicht heraus. Aber es wäre Protektion in höchstem Maße, wenn ein Mandatar einen Brief schreibt und wir den Fall dann sofort erledigen würden.

Bei aller Liebe zum Konsumverein würde ich nie eine Wohnung für ihn freimachen. Manchmal ist leider wegen des Anwachsens der Wohnungsanzahl der Konsum so überlastet, daß er im Interesse der einkaufenden Bevölkerung vergrößert werden muß.

Es soll versucht werden, die Obdachlosenheime nach und nach freizumachen. Wenn man wissen möchte, wer am würdigsten ist, in eine Wohnung eingewiesen zu werden, muß man nur durch vier oder fünf Wohnungen gehen, und man braucht nicht mehr zu fragen, wer

dort wohnt. In einer Wohnung, die blitzblank ist und tagsüber bestenfalls ein altes Mutterl zu Hause ist, wohnen Volksdeutsche. Sie sollen gleich behandelt werden wie die Wiener Bevölkerung, aber man kann sie gegenüber der bodenständigen Bevölkerung nicht bevorzugt behandeln.

Seinerzeit hat Stadtrat Slavik bei der russischen Besatzungsmacht interveniert und erreicht, daß die NS-Möbel im Lande bleiben. Wir haben aber auch in der Folgezeit keine große Freude mit ihnen gehabt und stellen mit Befriedigung fest, daß es heute keine NS-Möbelgruppe mehr gibt.

Abschließend gab der Referent der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Wohnungsnot in nicht allzu ferner Zeit zu überwinden, meinte aber, daß es noch Jahre dauern wird, bis man auch die Last aus dem vorigen Jahrhundert, die typischen Mietzinswohnungen zu den Elendsquartieren unserer Stadt wird zählen können! (Beifall bei SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurden dann die Ansätze der Verwaltungsgruppe IX mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Dank an einen hervorragenden Wiener Arzt

=====

19. Dezember (RK) Zum Jahresende wird der weit über die Grenzen Österreichs bekannte Röntgenologe Prof. Dr. Konrad Weiss die Leitung der Allgemeinen Poliklinik seinem Nachfolger Dozent Dr. Thurnherr übergeben. Vizebürgermeister Weinberger sprach heute in der Direktion der Poliklinik anlässlich der Amtseinführung des neuen Leiters Prof. Weiss den Dank und die Anerkennung der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters für seine 40jährige Tätigkeit in diesem Institut aus. Er würdigte seine hervorragende Arbeit, die er, stets im Bewußtsein der großen Tradition der Poliklinik für die Wissenschaft und für die Kranken geleistet hat. Seinem Nachfolger Dozent Dr. Thurnherr, dem langjährigen Assistenten Prof. Fellingens, wünschte er auf seinem neuen Posten die besten Erfolge.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten  
=====

19. Dezember (RK) über die Ansätze der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, referierte Stadtrat Bauer (ÖVP). Dieser Gruppe unterstehen die Magistratsabteilung 54, 57, 58, 59 und 60. Die Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe werden im Jahre 1959 133,001.700 S gegenüber 115,743.600 S im Jahre 1958 betragen. Die Steigerung von 17,258.100 S in den Ausgaben ist nicht ganz richtig, da im Voranschlag 1959 16 Millionen Schilling für die Anschaffung von Lagerwaren, Rohstoffen und Halbfabrikaten in durchlaufender Verrechnung im Voranschlag 1959 aufgenommen wurden. Im Voranschlag 1958 war diese Post mit 20 Millionen Schilling vorgesehen, jedoch nicht im Budget unter Ausgaben aufgenommen. Es ergibt sich daher eine effektive Ausgabensteigerung von 1,258.100 S.

Der Personalstand 1958 wird sich 1959 um fünf Bedienstete auf 837 erhöhen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß besonders bei der Magistratsabteilung 57 großer Personalmangel herrscht, was insbesondere auf verschiedene Mehrarbeiten, so zum Beispiel Neufestsetzung der Einheitswerte, Überprüfung der Pachtzinse, Freinachung von Liegenschaften usw. zurückzuführen ist.

Für bauliche Herstellungen wurden 1959 nur 8,945.000 S präliminiert. Es ist dies ein Zeichen, daß die Kriegsschäden behoben sind und nur mehr solche bauliche Herstellungen durchgeführt werden, die früher zurückgestellt werden mußten.

Im Budget 1959 wurden keine Mittel für die Verlegung des Naschmarktes oder Schaffung von neuen Detailmärkten aufgenommen. Falls es zu einer Verlegung kommen sollte, werden aber entsprechende Beträge bereitgestellt.

Dem Beschaffungsamt obliegt der Einkauf und die Verteilung der für die städtischen Dienststellen und Schulen notwendigen Sacherfordernisse. Derzeit werden rund 4.000 Verbrauchsstellen beliefert. Es sind ihm das Zentrallager, das Brennstoffhauptlager, der Druckereibetrieb und die Bäckerei angeschlossen.

Am 1. November 1958 waren im Beschaffungsamt 218 Bedienstete beschäftigt. Es wurden 5.006 Bestellungen durchgeführt.

Die Warengruppe 1, die die Lebensmittel zu beschaffen hat, besorgt für die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten alle

Lebensmitteln, mit Ausnahme der leicht verderblichen Waren, wie Frischfleisch, Frischgemüse, Obst, Milch und Molkereiprodukte. Die Preise der Lebensmitteln waren in allgemeinen stabil.

Die Warengruppe 2 hat Textilien und Lederwaren für die städtischen Ämter und Anstalten in Werte von 20,351.000 S bestellt. An Lohnarbeiten wurden Aufträge um zirka 2,4 Millionen Schilling vergeben.

Der Gesamtumsatz der Warengruppe 2 bis inklusive 31. Oktober 1958 beträgt zirka 22,763.000 Schilling.

In der Warengruppe 3 werden Wirtschafts-, Eisen-, Chemie-, Elektrowaren und Bereifung beschafft und für die Durchführung der Transporte vorgesorgt.

Die Belieferung der Bedarfsstellen konnte wie im Vorjahr ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt werden. Die Lieferfristen waren wesentlich kürzer, in den meisten Fällen konnte sogar der Bedarf prompt befriedigt werden. Die Preise sind auf dem Sektor der Wirtschaftswaren, bei den Elektrowaren, bei den technischen Gummiwaren, bei der Bereifung, bei den meisten Grobchemikalien, technischen Ölen, Fetten, den chemisch-technischen Fertigprodukten, wie Boden- und Schuhpaste, Kern- und Schmierseife, bei den meisten pharmazeutischen Artikeln, den Verbandstoffen und auf dem Schraubensektor stabil geblieben. Eine Preisherabsetzung gab es nur bei Antichlor, und zwar um 12 Prozent. Es konnten auch günstigere Rabatte erzielt werden. Seit 1. September dieses Jahres wirken sich die neuen, in der Regel höheren Zölle bei den Preisen für ausländische Erzeugnisse aus. Solche ausländische Waren werden jedoch nur in unumgänglichen Fällen angekauft.

Die Warengruppe 4 hat Papier und Kanzleinaterialien zu beschaffen. In der Zeit vom 1. Jänner bis 13. Oktober 1958 wurden 436 Tonnen Papier um rund 3,050.000 Schilling angekauft. Weiters wurden 7.885 Druckaufträge im Gesamtbetrage von 3,758.915 Schilling vergeben. Für die Buchbinderarbeiten wurden für 1.481 Aufträge insgesamt 937.875 Schilling aufgewendet.

Für Bücher und Zeitschriften wurden insgesamt 596.465 Schilling ausgegeben, für sonstige Kanzleimaterialien wurden 801.000 Schilling verbraucht. Im Zuge der Modernisierung und der fortgesetzten Mechanisierung der städtischen Dienststellen wurden 113 Stück Schreibmaschinen, 32 Rechenmaschinen, 2 Buchungsmaschinen, 15 Vervielfältigungsmaschinen, 7 Diktiergeräte, 3 Registrierkassen etc. um den Gesamtbetrag von 1,120.965 Schilling angekauft.

Die Warengruppe 5 beschafft die Brennstoffe. In der Berichtszeit vom 1.1. bis 31.10.1958 wurden insgesamt 76.091 Tonnen Brennstoff abgegeben. Im Laufe des Jahres 1958 sind auf dem Brennstoffsektor Preisrückgänge zu verzeichnen gewesen. Lediglich Heizöl wurde um etwa fünf Prozent erhöht.

Die Möbel und sonstigen Einrichtungsgegenstände sowie die Sachgüterverwertung besorgt die Warengruppe 6. Die Geschäftstätigkeit in der Berichtszeit ist vor allem durch erhöhte Neuanschaffung von Neueinrichtungsgegenständen gekennzeichnet.

Außer den Anschaffungen für die städtischen Anstalten und der Neueinrichtung der Wiener Stadthalle werden wie in den vergangenen Jahren wieder größere Aufwendungen für die Einrichtung von Dienststellen der Hoheitsverwaltung gemacht. Die Kosten der laufenden Instandsetzung von Möbeln beliefen sich auf rund 770.000 Schilling. Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden rund 10,300.000 Schilling verausgabt.

Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial betrug 2,580.000 Schilling.

Die Warengruppe 7 als letzte Warengruppe der Magistratsabteilung 54 hat für den Schulbedarf vorzusorgen. Im ablaufenden Berichtsjahr wurden wieder beträchtliche Mittel für die Erneuerung und Verbesserung von Schulen aufgewendet. Es wurden weitere Lehrerzimmer eingerichtet, Tafeln erneuert und zusätzlich sogenannte Streifentafeln und Dämmplatten angebracht, Kanzleien, Physiksäle aber auch Lehrmittelzimmer neu eingerichtet. Wo es zweckmäßig erscheint, gelangen Einbaumöbel zur Verwendung. Diese Erneuerungen wurden auch in steigendem Maße in Berufsschulen durchgeführt.

Bei den Lernbüchern ist vor allem zu erwähnen, daß nun das Geschichtsbuch 4. Teil erschienen ist. Auch die Erneuerung von Klassenlesestoffen wurde fortgesetzt und verschiedene neue Lehrmittel beschafft. Die Anschaffungspreise sind im wesentlichen stabil geblieben, obwohl viele Lieferfirmen über Preiserhöhungen bei den Rohmaterialien klagen.

Im Zentrallager in der Hasnerstraße konnte das neue Magazin- und Werkstättengebäude unter Dach gebracht werden und es wird voraussichtlich bis Mitte des nächsten Jahres fertiggestellt sein. Damit wird eine Voraussetzung erfüllt, die notwendig war, um alle Lagerwaren fachgemäß lagern zu können.

Die städtische Bäckerei hat wie immer ein fast ausgeglichenes Budget. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß im Gegensatz zu den Privatbetrieben die Kapazität der städtischen Bäckerei voll ausgenützt werden kann. Die städtische Bäckerei hat über eine Million Kilogramm Weiß- und Schwarzbrot innerhalb der ersten zehn Monate an die Verbrauchsstellen geliefert.

Die Magistratsabteilung 57, Liegenschaftsamt, wird im Jahre 1959 um etwa vier Millionen Schilling mehr einnehmen müssen, als ausgegeben werden kann. In den Ausgaben ist auch der Gebarungsabgang der Treuhandverwaltung von Laxenburg mit 443.000 Schilling enthalten. Sie hat den Verkauf städtischer Grundstücke zu besorgen. Hauptsächlich handelt es sich um Verkäufe von Grundstücken und Grundstücksteilflächen, die von privaten Grundeigentümern, sei es zur Baureifgestaltung der ihnen gehörigen Grundstücke als Baugrund oder zum Zwecke der Übertragung in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes nach den zwingenden Bestimmungen der Bauordnung erworben werden müssen. Nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen werden, wenn dies die Interessen der Stadt Wien zulassen, Grundstücke für andere Zwecke veräußert, zum Beispiel im Zuge einer Absiedlung eines Industrieunternehmens aus dem Wohngebiet in Industriegebiete, wenn damit die Freimachung eines städtischen Grundstückes für Wohnbauzwecke erreicht wird oder für die Errichtung von Siedlerstellen. Die Verwaltungstätigkeit der Magistratsabteilung 57 erstreckt sich auf alle städtischen Liegenschaften in Wien und außerhalb Wiens, soweit sie unverbaut sind und nicht in Verwaltung anderer Magistratsabteilungen stehen.

Ihr obliegt auch der Abschluß von Bestandverträgen und die Erteilung von Benützungsbewilligungen hinsichtlich der von ihr verwalteten Grundstücke.

Außerdem obliegt ihr die administrative Praterverwaltung, die Verwaltung des Volkspaters, der städtischen Gartenanlagen, schließlich der städtischen Gast- und Schankgewerbeberechtigungen, soweit deren Verwaltung nicht infolge des Standortes in Bädern, auf Märkten und in Schlachthöfen anderen Magistratsabteilungen obliegt.

Im Lagebuch hat die Magistratsabteilung 57 den gesamten städtischen Grundbesitz in und außerhalb Wiens ohne Rücksicht auf die verwaltende Dienststelle in Evidenz zu halten und kann dieses Lagebuch als eine Art Grundbuch der Stadt Wien angesehen werden. In der Zeit vom 1. Jänner bis 15. November 1958 hat sich der Gemeindebesitz folgendermaßen verändert: Gekauft wurden 1.215.116.06 Quadratmeter, getauscht wurden 91.003.85 Quadratmeter, enteignet wurden nur 824.-- Quadratmeter für Friedhofserweiterung und von Mitbesitz wurde umgewandelt in Alleinbesitz 75.319.72 Quadratmeter.

Außerhalb Wiens wurden 2.610.021 Quadratmeter Boden gekauft.

Ferner erfuhr der städtische Grundbesitz eine Vermehrung durch Kauf, im Mitbesitz von 92.054.32 Quadratmeter und durch Erbanfall von 396 Quadratmeter. Das ergibt zusammen 92.450.32 Quadratmeter.

Verkauft wurden 64.059.03 Quadratmeter um den Preis von 2.352.591.50 Schilling. Getauscht wurden 69.103.78 Quadratmeter und in das Sondervermögen der Wiener Stadtwerke wurden 7.406.64 Quadratmeter übertragen. Hiefür wurden 677.600 Schilling bezahlt. Die Verminderung des Grundbesitzes an diesen Transaktionen beträgt 140.569.45 Quadratmeter. Der Erlös betrug 3.030.191.50 Schilling. Außerdem hatte die Stadt Wien 413.337 Schilling an Private zu bezahlen, für in das öffentliche Gut gelegte Flächen.

An die Stadt Wien wurden Entschädigungen für die Übertragung von Teilen des öffentlichen Gutes anlässlich von Baureifmachungen von 131.313 Schilling bezahlt.

Der Grundbesitz der Stadt Wien umfaßte daher am 15. November 1958 in Wien: 1,727.433,85 ar Alleinbesitz, 66.704,18 ar Mitbesitz und 2.425,23 ar Besitz der Vereinigten Wiener Fürsorge-stiftung; außerhalb Wiens: 2,054.410,12 ar Alleinbesitz und 4.482 ar Mitbesitz.

Die in großer Zahl eingelangten Einheitswertbescheide über die von der Magistratsabteilung 57 verwalteten Grundstücke mußten insbesondere hinsichtlich der Bewertung überprüft werden, um die Stadt Wien vor Schaden zu bewahren.

Außerdem wurde mit der Überprüfung und Neuanlage der infolge der Kriegs- und Nachkriegszeit bereits veralteten Grundstück- und Bestandnehmerkartei begonnen und diese zum größten Teil durchgeführt.

Am 31. Dezember 1957 standen 37 gastgewerbliche Konzessionen in der Verwaltung der Magistratsabteilung 57. Hievon werden derzeit sieben Konzessionen nicht betrieben.

Im Zusammenhang mit verschiedenen Verkehrsproblemen (zum Beispiel Schnellbahn, Autobahn) dürfte es zu Grundtransaktionen in größerem Ausmaß kommen.

In der ertragbringenden Verwaltung werden die Bestandzinse nach Möglichkeit weiterhin erhöht werden, soweit sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies, da es sich um zweiseitige Verträge handelt, nur in Einvernehmen mit den Vertragspartnern möglich ist.

Die Magistratsabteilung 58 beschäftigt sich mit rechtlichen Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens. Sie mußte zu einer Reihe von Entwürfen von Bundesgesetzen und Durchführungsverordnungen Stellung nehmen. Auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft waren die Errichtung der Wiener Landwirtschaftskammer und Schaffung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes bedeutende Ereignisse. Damit hat nun auch das Land Wien erfreulicherweise eine eigene gesetzliche Interessenvertretung des land- und forstwirtschaftlichen Berufsstandes erhalten.



Mit der Errichtung der Wiener Landwirtschaftskammer wurde gleichzeitig die Voraussetzung geschaffen, daß eines der wichtigsten die land- und forstwirtschaftlichen Belange betreffenden Gesetze, nämlich die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung, vom Wiener Landtag beschlossen werden konnte. Von der Stadt Wien wurde zur Deckung der Kosten für die Einrichtung des Kammeramtes ein unverzinsliches Darlehen in der Höhe von 1.000.000 Schilling gewährt, welches in Teilbeträgen innerhalb von 10 Jahren zurückzuzahlen ist. Weiters wurde der Wiener Landwirtschaftskammer für die Durchführung verschiedener Förderungsmaßnahmen als Beitrag des Landes Wien ein Betrag in halber Höhe der unter dieser Bedingung gewährten Bundesmitteln von insgesamt 350.700 Schilling zur Verfügung gestellt.

Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft ist die beschlossene Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1958 eine bedeutsame Maßnahme. Mit dieser Novelle wurden die bisherigen unzureichenden Mutterschutzbestimmungen verbessert. Es wurde auch der Referentenentwurf zu einem Tierzuchtförderungs-gesetz fertiggestellt und das Begutachtungsverfahren eingeleitet. Ebenso ist das Buschenschankgesetz in Vorbereitung.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion wird bis Ende 1958 insgesamt 1269 Betriebe einer Betriebskontrolle unterzogen haben. Das Schwergewicht der hierbei von ihren Organen ausgeübten Tätigkeit liegt entsprechend der gesetzlichen Anweisung auf der Beratung der Dienstgeber und Dienstnehmer in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen und in Angelegenheiten der Unfallverhütung. In den überprüften Betrieben waren zum Zeitpunkt der Kontrollen insgesamt 3603 Arbeitskräfte ständig und 285 vorübergehend (saisonmäßig) beschäftigt.

Die Magistratsabteilung 59, das Marktamt der Stadt Wien, besorgt neben der Verwaltung der Märkte, der Markthallen und der städtischen Brückenwaagen auch die Marktpolizei, die Lebensmittel- und Eichpolizei und weist Straßenstände (mit Ausnahme der Straßenstände für periodisch erscheinende Druckschriften) zu.

Ferner obliegt ihm die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Lebensmittelversorgung, die Importkontrolle, die Preisbeobachtung und damit im Zusammenhang Preisbildung und Preiskontrolle. Schließlich fällt in den Aufgabenbereich des Marktantes die Ausübung der Gewerbepolizei, die Erstellung von Werttarifen für Entschädigungen nach dem Tierseuchengesetz, die Statistik und die Überwachung der Einhaltung der Naturschutzbestimmungen. In Verwaltung des Marktantes stehen derzeit 39 Märkte. Die Anlagen umfassen neun Hallen, drei Magazinsgebäude, 41 Verwaltungs-, Betriebs- und Stallgebäude, zehn Wirtschaftsgebäude, 14 Straßenbrückenwaagen, 944 Marktstände, die der Stadt Wien zu eigen sind, und sieben Bedürfnisanstalten. Die unverbauten Flächen umfassen rund 310.000 Quadratmeter. Kriegsschäden sind zur Gänze behoben. Die zur Verfügung stehenden Mittel können daher in vollen Ausmaß der Behebung von Zeitschäden, der Modernisierung, zweckmäßiger Umgestaltung und Verbesserung der Anlagen und Verkehrsflächen zugeführt werden.

Auf dem Zentralviehmarkt wurden im Kochendurchschnitt des Jahres 1957 verkauft: 1.450 Rinder, 39 Kälber, 7.450 Schweine und 339 Pferde. In der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren: Fleisch und Fleischwaren 847.600 kg und auf Obst- und Gemüsemärkten: Obst 931.000 kg, Gemüse 1.260.000 kg, Südfrüchte 320.000 kg, Kartoffeln 940.000 kg, Zwiebeln 126.000 kg.

Die für die Versorgung Wiens bedeutendsten Marktanlagen, der Haschmarkt als Gemüse- und Obstmarkt, und die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, als Zentrum der Fleischversorgung, können die Spitzen der Anlieferungen nur schwer bewältigen. Da einer räumlichen Erweiterung Grenzen durch die Umgebung gesetzt werden, sind erfolgversprechende Änderungen nicht möglich. Trotz des Unstandes, daß diese beiden, für die Versorgung Wiens bedeutenden Märkte eine Lageänderung erfahren werden, müssen die derzeitigen Anlagen durch umfassende Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten auf höchstmöglicher Leistungsstufe gehalten werden.

Der Voranschlag für das Jahr 1959 sieht für die Märkte vor: Einnahmen 18,285.000 Schilling im ordentlichen Haushalt (gegenüber 18,110.000 Schilling im Jahre 1958); Ausgaben 39,200.000 Schilling (gegenüber 39,763.500 Schilling im Jahre 1958).

Weitere Agenden, die das Marktamt zu besorgen hat, sind: Marktbeobachtung, Versorgungsangelegenheiten und Statistik.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamt einer laufenden Beobachtung unterzogen und deren Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht.

Aus der ständigen Marktbeobachtung ergibt sich auch die Möglichkeit, bei dem hierfür zuständigen Bundesministerium rechtzeitig die Einfuhr von lebenswichtigen Nahrungsmitteln anzuregen, sowie auch zu den geplanten Exporten solcher Waren Stellung zu nehmen.

Im Rahmen der lebensmittelpolizeilichen Tätigkeit des Wiener Marktamtes sind rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugerbetriebe zu überwachen. Im letzten Jahre wurden hierbei rund 35.900 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und zum Teil im eigenen Wirkungsbereich einer Begutachtung durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung zugeführt. Die wichtigsten Importe von Lebensmitteln werden nach wie vor auf ihre Eignung noch vor ihrer Inverkehrsetzung stichprobenweise überprüft. Auf diese Art wird nicht nur der Konsument vor einer etwaigen Übervorteilung geschützt, sondern auch der Importeur selbst, bzw. der Groß- und Klein Händler vor Schaden und Unannehmlichkeiten bewahrt.

Durch kommissionelle Begutachtungen unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Innungen wurden auch im abgelaufenen Jahre die Brotqualität sowie die Güte der Wurstwaren ständig kontrolliert. Hiedurch wurde bisher eine Beschaffenheit dieser so wichtigen Lebensmittel erreicht, die nicht nur im Interesse einer berechtigten Verbrauchererwartung, sondern auch in der des Erzeugers selbst gelegen ist.

Zu erwähnen wäre ferner, daß auch die Verpflegsstätten des Bundesheeres der Lebensmittelkontrolle durch das Marktamt unterliegen. Die in Einvernehmen mit den in Frage kommenden Kommandostellen durchzuführenden Revisionen tragen dazu bei, daß an unsere Soldaten nur einwandfreie Lebensmittel verabreicht werden.

Das Bestreben der Aufsichtsorgane ist es, überall beratend einzugreifen. Wenn trotzdem 783 Anzeigen erstattet werden mußten, so ist diese Zahl relativ gering in Vergleich zu den überprüften Betrieben.

Neben den lebensmittelpolizeilichen Anzeigen erfolgten in Ausübung der Gewerbepolizei bis 31. Oktober 1958 2.202 und anlässlich der eichpolizeilichen Revision 960 Anzeigen. Wegen Zuwiderhandlungen gegen preis- und marktpolizeiliche Vorschriften sowie gegen andere wirtschaftliche und sonstige Bestimmungen wurden insgesamt 1.675 Anzeigen erstattet.

Weiters mußten in Ausübung der Lebensmittelkontrolle im Berichtsjahr insgesamt 238.927 kg Lebensmittel außer Verkehr gesetzt werden.

Um die prekäre Verkehrssituation, die infolge der zunehmenden Verkehrsdichte immer angespannter wird, zu entlasten, wird von den zuständigen Stellen gegenwärtig geprüft, ob unter anderen eine Verlegung jener Märkte, die an besonders neuralgischen Verkehrspunkten gelegen sind und durch ihre örtliche Lage die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, an einen andern Standort möglich ist. Im Zuge dieser Bestrebungen ist zum Beispiel beabsichtigt, den Markt Vorgartenstraße im 2. Bezirk in Zusammenhang mit der Auffassung des benachbarten Reservegartens und der damit verbundenen Errichtung einer Wohnhausanlage in den Bereich der Wohlmutstraße zu verlegen. Weiters wird derzeit eine Lösung des Verkehrsproblems in der Umgebung der Detailmarkthalle Haßdorfer Straße im 9. Bezirk angestrebt und die Situierung dieser Marktanlage in den zu assaniierenden Gebiet im Lichtental ernstlich in Erwägung gezogen. Ebenso drängt auch die Verlegung des Naschmarktes und damit in Zusammenhang die Errichtung eines Zentralgroßmarktes zu einer Entscheidung und zwar auch vor allem deswegen, weil damit zu rechnen ist, daß die Autoeinfahrt von Westen nach Wien nun doch entlang des Wienflusses gebaut werden dürfte.

Das Veterinäramt, die Magistratsabteilung 60, hat mit seinen Abteilungen, in den Vieh- und Schlachthofanlagen von St. Marx und in der Großmarkthalle, sowie den 19 Veterinärabteilungen in den Bezirken, eine Reihe für die Bevölkerung wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Die Überwachung dieser eingangs erwähnten Anlagen nach den allgemeinen sanitäts- und veterinärpolizeilichen Vorschriften, die Verhinderung der Übertragung gefährlicher Tierseuchen auf den Menschen ist ebenso die Aufgabe des Veterinäramtes wie die Verhinderung der Ausbreitung gefährlicher Seuchen unter den Tieren. Dazu kommen noch die Vorbeugungsmaßnahmen gegen Invasionskrankheiten beim Menschen wie Trichinose und der Befall mit Bandwürmern verschiedenster Art. Eine weitere gesundheitspolizeilich wichtige Tätigkeit ist die Durchführung der Vieh- und Fleischbeschau - also die Untersuchung der Tiere vor und nach der Schlachtung. Dadurch wird die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch gewährleistet.

Der amtstierärztliche Dienst in den Bezirken umfaßt neben der Vieh- und Fleischbeschau in den Privatschlachtstätten die Überwachung der Lebensmittelbetriebe, der Geflügelmästereien, der Wildbrethandlungen, Milchmeiereien, Tierhaltungen und Tier-schauen, die Wiener Tiermessen - im Frühjahr und Herbst, des Schönbrunner Tiergartens, die Bekämpfung der Tierseuchen, die Kontrolle der Hausapotheken der Tierärzte, die Überprüfung der Gebarung mit Suchtgiften und die Tierimpfung. Der amtstierärztliche Bezirksdienst erstreckt sich ferner auf die Tierzucht- und Tierschutzangelegenheiten, die Angelegenheiten der Tierleichenbeseitigung, der Tierkörperverwertungsanstalt, der Hautübernahmestellen, des Handels mit tierischen Rohprodukten, der Gerbereien, der Lederfabriken, der Impfstoffgewinnungsanstalten, der fachlichen Beratung des Marktamtes in der Lebensmittelpolizei mit Beziehung auf Lebensmittel tierischer Herkunft.

Die städtischen Schlachthofanlagen wurden teils in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und teils zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet. Entsprechend der Entwicklung des Fleischverkehrs und der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Tierheilkunde erfolgten bis zum Beginn der Dreißigerjahre verschiedene Ergänzungsbauten.

Seit dieser Zeit wurden außer einzelnen technischen Verbesserungen praktisch nur solche Arbeiten durchgeführt, die zur Erhaltung der Betriebe nach althergebrachter Weise unbedingt notwendig waren. Und doch wäre während dieser Zeit, mit Rücksicht auf die Überalterung der Anlage - der Rinderschlachthof ist über 100 Jahre alt - und im Hinblick auf den derzeit sich wegen der ungeheuren räumlichen Ausdehnung, rund 180.000 Quadratmeter, äußerst unrentabel abwickelnden Viehhof- und Schlachthofbetriebes ein grundlegender Umbau, bezw. Neubau der ganzen Anlage erforderlich geworden.

Zur Erhaltung der Betriebsfähigkeit mußte in den vergangenen Jahren ein Betrag von mehr als zwei Millionen Schilling jährlich allein nur für laufende Erhaltungsarbeiten aufgewendet werden. Für Investitionen, durch die eine gewisse Verbesserung in der Betriebsführung erreicht werden konnte, wurde 1957 ein Betrag von 3.598.941,88 S ausgegeben, für das Jahr 1958 wurden hiefür 2.415.000 S zur Verfügung gestellt und in den Voranschlag 1959 mußte wieder ein Betrag von 2.415.000 aufgenommen werden.

Den Erhaltungs- und Investitionskosten stehen auf der Einnahmenseite ungenügende Gebühren gegenüber. Es ist bekannt, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Viehhof- und Schlachthofgebühren arbeitet. Diese betragen für ein Rind 24 S, für ein Pferd 20 S, für ein Schwein 15 S und für ein Kalb 7 S. In den übrigen rund 40 Schlachthöfen in Österreich sind für ein Rind, bezw. für ein Pferd bis 150 S, für ein Schwein bis 40 S und für ein Kalb bis 30 S an Schlacht- und Viehhofgebühren zu entrichten. Es kann daher nicht wundernehmen, daß auf der für die Schlachthöfe zuständigen Rubrik ein Defizit von mehr als 13 Millionen Schilling aufscheint.

Zum Abschluß führte der Referent aus, er versucht ein möglichst umfassendes Bild der von ihm verwalteten Geschäftsgruppe zu entwerfen. Das Bild wäre aber nicht vollständig, wollte er nicht noch einige abschließende Bemerkungen machen. Seinen Bericht war nicht zu entnehmen, der gewaltige Unterschied zwischen den Jahren 1945 und 1958. Haben wir vor 13 Jahren auf unseren Märkten beinahe nur Spuren von lebensmittelähnlichen Dingen vorgefunden, so stehen heute unsere Märkte dank den Bemühungen unserer Bauern und Händler in Zeichen eines überwältigenden Warenangebotes.

Es gibt Fleisch, Obst und Gemüse in Hülle und Fülle, in ausgezeichneter Qualität und zu Preisen, die es jedermann ermöglichen, sich hierzulande ordentlich sattzuessen.

Erfreulicherweise sind die Preise in allgemeinen durchaus stabil, wenn auch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von kommunistischer Seite heuer wieder, wie übrigens schon in all den Jahren vorher, angebliche Preisexzesse vorgehalten werden dürften. Vielleicht sind die Herren von der Volksopposition oben gewöhnt in Budapest oder Sofia in Bonzengeschäften einzukaufen. Es wird den Herren nicht leicht fallen, über Wiener Verhältnissen zu reden. Hier bei uns kann der Arbeiter und Angestellte, der Beamte und der Geschäftsmann sonntags seinen Schweinsbraten in Ruhe essen, ob es der Volksopposition paßt oder nicht.

Bei uns existiert auch eine wirtschaftliche Freiheit, die es in den Staaten so genannter sozialistischer Prägung nicht gibt. Diese Freiheit darf allerdings nicht mit Zügellosigkeit verwechselt werden. Sie gründet sich vielmehr auf die freie Persönlichkeit, die in einem System, das man mit einem Schlagwort soziale Marktwirtschaft nennt, am besten gesichert scheint. Die Wirtschaft Wiens kann man nicht losgelöst von der des Bundes betrachten, man kann sie nicht isolieren von den Leistungen der Bundesregierung und des Parlaments.

Daß Wien auch im letzten Jahr den Weg der Vollbeschäftigung, der klaglosen Versorgung der Märkte, der Zufriedenheit seiner Bürger gehen konnte, hängt sehr stark von dem erfolgreichen Kurs der Regierungspolitik ab, für den in so hohem Maße Kanzler Raab und Finanzminister Kanitz verantwortlich zeichnen. Der Raab-Kanitz-Kurs ist für weite Kreise unserer Bevölkerung ein Begriff geworden. Dieser Wirtschaftskurs steht im Zeichen der Stabilität, im Zeichen der gesicherten Währung, im Zeichen des sozialen Friedens.

Uns allen, die wir uns um die Stadt verantwortlich wissen, freut es von Herzen, feststellen zu können, daß gemeinsame Arbeit so schöne Erfolge erreichen half.

./.

Ihn freue es ganz besonders die Bürger unserer Stadt so wohlversorgt zu wissen mit dem, was sie zum Leben brauchen, aber auch mit dem, was man nicht unbedingt zum Leben braucht. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

#### Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Kronberger (VO) anerkennt die Tätigkeit des Marktamtes im Dienste der Wiener Bevölkerung. Leider sind im vergangenen Jahr bei Weinkontrollen zahlreiche Pantschereien zu Tage getreten. Es müßte möglich sein, hier energischer einzugreifen. Auch die hygienischen Zustände auf einigen Märkten der Außenbezirke sind unzureichend. Manche Märkte leiden unter Platzmangel. Er hoffe ferner, daß die Verlegung des Naschmarktes im Jahre 1959 Wirklichkeit werden wird. Der Redner fragt den Referenten, welches Gebiet in die engere Wahl kommen soll.

Mit der Preisentwicklung konnte man auch in diesem Jahr nicht zufrieden sein. Stadtrat Bauer sollte doch einmal nach Prag fahren, um zu sehen, ob sich dort der Arbeiter am Sonntag keinen Schweinsbraten leisten kann. In Prag sind aber außerdem viele Gebrauchsgegenstände billiger. In Wien gab es jedoch heuer wieder einen Salatskandal, viele Tonnen Obst mußten verderben, weil die Händler die Preise halten wollten und im Sommer kostete ein Kilo Kalbsschnitzel bis zu 56 Schilling. Es wäre notwendig, daß sich Stadtrat Bauer im Interesse der Konsumenten dafür einsetzt, daß die Handelsspannen nicht zu hoch werden.

Der Redner fragt dann, ob für die im Zusammenhang mit dem Umbau des Südtiroler Platzes abgerissene Freibank, eine neue Verkaufsstelle errichtet werden wird. Er möchte ferner wissen, welcher Ersatz für die Markthalle im neunten Bezirk geboten werden soll, falls sie abgerissen wird.

Weiter ersuchte der Redner den Stadtrat um die Zusicherung, daß auch nach Verlegung des Naschmarktes am derzeitigen Platz ein kleiner Markt für die Versorgung der Bevölkerung bestehen bleibt. Er erinnerte an die Forderung seiner Fraktion wegen der Preisregelung für Butter und die anderen Milchprodukte und vertrat die Ansicht, daß es bei einer beträchtlichen Verbilligung zu keiner Milchschwemme mehr kommen würde.



Da die Wirtschaftspolitik, zu der sich auch der Referent bekennt, vor allem den Interessen der Großverdiener dient, könne die VO diesem Kapitel die Zustimmung nicht geben.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) hob hervor, daß von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Raab-Kamitz die Gemeinde Wien besonderen Nutzen zieht. Die Gemeinde Wien sollte auch durch Revision der Getränkesteuer einen Beitrag in dieser Wirtschaftspolitik leisten, wobei alkoholfreie Fruchtsäfte von dieser Abgabe überhaupt ausgenommen werden sollten.

Weiter verwies der Redner darauf, daß Importe nicht immer billiger sein müßten. Er hob die Qualität des inländischen Obstes und Gemüses hervor und sprach sich dafür aus, die Hausfrauen durch eine fachmännisch gelenkte Konsumentenberatung darüber zu unterrichten, was jeweils am billigsten und preiswertesten zu bekommen ist. Denn es sei bestimmt nicht notwendig, Schweine zu importieren, wenn Rind- und Kalbfleisch zu angemessenen Preisen auf dem Markt ist.

Die Kriegs- und Nachkriegsschäden an städtischen Einrichtungen sind zum großen Teil behoben. Es ist nur zu hoffen, daß auch für das Schloß Kobenzl, das derzeit einen Schandfleck im Wienerwald bildet, und das Schloß Bellevue bald eine Verwendungsmöglichkeit gefunden wird.

Auch im vergangenen Jahr hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion die Landwirtschaftsbetriebe in Wien ohne besondere Anstände kontrolliert; ein Zeichen dafür, daß sich die Wiener Landwirtschaft ihrer Pflicht voll bewußt ist und alles tut, um für die Gesundheit der Arbeitnehmer vorzusorgen, und es keiner Strafen bedarf, sondern in vielen Fällen die Beratung genügt.

Der Redner dankte für die Unterstützung der im vergangenen Jahr geschaffenen Wiener Landwirtschaftskammer und bat, den Nachholbedarf der Wiener Landwirtschaft im kommenden Jahr durch entsprechende Beiträge zu decken und die für die Landwirtschaft notwendigen Gesetze zu erlassen.

./.

Er bedauerte, daß das Landarbeiterkammergesetz noch immer nicht beschlossen wurde, was offenbar damit zusammenhängt, daß von sozialistischer Seite für das Landarbeitsrecht die Bundeskompetenz verlangt werde.

Weiter verwies er auf die Notwendigkeit, die Frage der Buschenschenken durch ein Landesgesetz zu regeln und die Wiener Landwirtschaft in jenen Gebieten zu erhalten, wo sie noch geschlossen vorhanden ist. Die Flurberreinigung erscheine gerade in Hinblick auf die Technisierung besonders geboten. Auch die Bestellung von Flurhütern ist ein alter, leider noch nicht erfüllter Wunsch. Die Zuschußleistung zur Hagelversicherung hat sich bewährt.

Der Blunengroßmarkt auf den Phorusplatz sollte eine Galerie erhalten. Zu erwägen wäre auch die Schaffung von Parkplätzen während der Marktzeit, damit die kälteempfindlichen Blumen nicht zu lange den niedrigen Temperaturen ausgesetzt sind. Für die Verlegung des Naschmarktes sollte ein endgültiger Termin bekanntgegeben werden, damit die dortigen Gewerbetreibenden wissen, inwieweit sie noch Investitionen vornehmen können. Durch seine Verlegung wird die Existenz vieler Gewerbetreibender in Mitleidenschaft gezogen werden, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollten, um ihnen eine neue Existenz an anderer Stelle zu ermöglichen. Beim Wegfall des Naschmarktes müßte für die Bewohner ein Detailmarkt geschaffen werden.

Weiter forderte der Redner eine geregelte Wasserversorgung der in der Banneile der Stadt gelegenen Gebiete, wie Albern etc. Schließlich dankte er den Veterinärant und den Marktamt für ihre Tätigkeit, wobei er insbesondere das Einfühlungsvermögen der Kontrollorgane des Marktantes hervorhob. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Traxler (SPÖ) stellt fest, daß Stadtrat Bauer nach einer ausführlichen Erläuterung der Ansätze auch über die gute Zusammenarbeit in diesem Ausschuß gesprochen hat. Auch die Sozialisten konnten diese gute Zusammenarbeit feststellen. Sie werden mit der ÖVP überall dort gut zusammenarbeiten, wo nicht verantwortungsloser Geschäftsgeist vorherrscht, wo nicht das Vordringen des Wirtschaftsegoismus die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unmöglich machen. Die Sozialisten vertreten auch im Gemeinderat die Interessen der arbeitenden Menschen.

Sie machen keinen Unterschied zwischen Unselbständigen und Selbständigen. Sie vertreten den Grundsatz, daß jeder arbeitende Mensch seinen gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Volkseinkommen haben soll. Mit den im Voranschlag eingesetzten 133 Millionen Schilling für diese Geschäftsgruppe, werden wieder viele Aufgaben verwirklicht werden können. Der Redner verweist auf den Jahresumsatz des Beschaffungsamtes, der eine Höhe von ca 170 Millionen erreichte. Diese Millionen kommen der Wiener Wirtschaft zugute. Es sei auch in einer Verwaltung so, je besser man wirtschaftet, umso schöner, besser und billiger könne man leben. Je besser und geräuschloser die großen Aufgaben von der Verwaltung geleistet werden, desto weniger kommen sie der Öffentlichkeit.

Der Redner kommt sodann auf Mittel, die für den Schulsektor aufgewendet werden, zu sprechen. Es sind auch im Jahre 1959 Umbauten an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen vorgesehen, die rund 40 Millionen Schilling erfordern werden. Für die Ausstattung der Schulen sind fünf Millionen veranschlagt, für bauliche Umgestaltungen an Berufsschulen 1,5 Millionen, für Möbel, Werkzeuge, Lehrmittel und Bücher rund 1,3 Millionen Schilling. Für die Sozialisten sei es eine Selbstverständlichkeit, daß man überall sparen kann, aber an den Kindern und Schulen nicht und niemals. Selbst katholische Zeitungen haben die Leistungen auf dem Schulsektor anerkannt. "Die Furche" hat dabei jedoch die Befürchtung ausgesprochen, daß durch die Erfüllung der Forderung der Gemeindeangestellten nach einem 14. Monatsbezug Einsparungen auf dem Schulsektor notwendig würden. Stadtrat Slavik habe bereits darauf verwiesen, daß dies keineswegs notwendig sei. Die Gemeindeverwaltung unterscheide sich hier wohltuend vom Bund, der die Mittelschulen sehr stiefmütterlich behandelt.

Auf dem Gebiete der Verpachtung von Gastwirtschaften regt der Redner an, diese Belange aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung in einer Gruppe zu behandeln. Augenblicklich sind verschiedene Abteilungen damit betraut.

Beim Marktwesen geht es im wesentlichen um die Verlegung des Naschmarktes und der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, und um die Funktion der Märkte. Die Lösung eines so schwierigen Problems, wie es die Standortverlegung von Großmärkten ist, bedürfe einer gutdurchdachten Vorarbeit. Es darf nicht wieder zu einer Notlösung, bezw. zu einem Provisorium kommen. Es müssen außerdem die Wünsche der verschiedenen Interessentengruppen, also der Konsumenten, der Produzenten und Händler gut aufeinander abgestimmt werden. Großes Augenmerk ist auf diesen Gebiete auch der Verkehrsfrage zuzuwenden. Die Planung von Märkten könne nur in Einvernehmen mit dem Stadtplaner gelöst werden. Im Stadttinneren ist keine Fläche vorhanden, die für Marktzwecke herangezogen werden könnte. Zur Zeit wird untersucht, ob sich in Süden Wiens eine geeignete Fläche findet, die sowohl im Hinblick auf die Zufuhren wie auch auf den Bevölkerungsschwerpunkt verkehrsgünstig liegt. Zeitlich müsse die Naschmarktverlegung mit dem Bau der Wientalstraße abgestimmt werden. Für den mit dem Naschmarkt verbundenen Detailmarkt sei noch keine Ersatzfläche endgültig festgelegt worden. Vielleicht könnte jedoch der Blumenmarkthalle am Phorusplatz ein Obst- und Gemüsedetailmarkt angegliedert werden. In Bereiche der Freihausgründe und ihrer Umgebung wurden Untersuchungen vorgenommen, ob hier die Schaffung eines Detailmarktes des Naschmarktes möglich sei. Die Verlegung der Großmarkthalle für Fleischwaren wäre vielleicht auf das Gelände des Zentralviehmarktes möglich.

Der Redner kommt sodann auf die schwierige finanzielle Situation der Märkte zu sprechen. Es sei aus diesen Grunde sehr befremdend, daß beachtliche Käufe außerhalb des Marktes getätigt werden. Auf diese Weise werden jährlich mehr als 100.000 Stück Schweine und rund 9.000 Rinder, ohne den zuständigen Großmarkt zu berühren, direkt in die Privatschlachtstätten gebracht und dort geschlachtet. Und dies obwohl in Wien die niedrigsten Schlachtgebühren eingehoben werden. Für dieses Vorgehen seien rein materielle, hauptsächlich steuerliche Gründe maßgeblich. Es wäre eine Verpflichtung, Marktvieh über den zuständigen Großmarkt zu führen.

Man sollte glauben, daß die für die freie Marktwirtschaft Schwärmenden an einer geregelten Beschickung des Großmarktes erhöhtes Interesse hätten. Bedeutet doch der Nichtauftrieb von wöchentlich mehr als 2.000 Schweinen ein großes Unsicherheitsmoment für eine geregelte Preisbildung und erschwert unnötigerweise die Frage der notwendigen Importe. Die Folge davon sind ständige unliebsame Preisschwankungen. Auch auf dem Gebiete der Erklärung des Wiener Zentralviehmarktes zum Exportviehmarkt ist man keinen Schritt vorwärts gekommen. Es sei unverständlich, daß sozusagen an dem vorbildlich eingerichteten Großmarkt das Exportvieh buchstäblich vorbeigeführt wird, um auf den weniger gut ausgestatteten Märkten in Linz und Graz vermarktet zu werden. Diese mehr als unliebsamen Zustände konnten nur eintreten, weil das Landwirtschaftsministerium den ablehnenden Standpunkt der fleischverarbeitenden Betriebe auch in der Frage des Exportmarktes zur Kenntnis nimmt und für den Wiener Zentralviehmarkt keine Exportlizenzen ausstellt. Der Redner erklärt, das Parteiprogramm der Sozialisten werde bewußt falsch ausgelegt, um die Sozialisten als Bauernfeinde hinzustellen. Die Sozialisten verfolgen alle vernünftigen Handlungen in der Landwirtschaft mit großer Genugtuung. Sie sind nur gegen alle Diktaturbestrebungen, auch in der Wirtschaft, da sie der Auffassung sind, daß auch die Arbeiter, Angestellten, die kleinen und mittleren Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe ein Mitspracherecht haben sollen. Die Sozialisten haben aber auch die Interessen der Konsumenten zu wahren.

Abschließend dankt GR. Traxler allen leitenden Beamten der Geschäftsgruppe X und ihren Mitarbeitern für die sachliche und vorbildliche Arbeit. Selbst das Kontrollamt und der Rechnungshof konnten in dieser Gruppe keine nennenswerten Beanstandungen vornehmen. Sie hatten nur einige kleine Verbesserungswünsche.

Für die Sozialisten dieser Verwaltung könne er die Erklärung abgeben, daß sie auch weiterhin zu einer gedeihlichen sachlichen Zusammenarbeit bereit sind. Sie wollen das Bestmögliche für die Bevölkerung Wiens. Seine Fraktion werde daher den Ansätzen zustimmen.

Stadtrat Bauer führt in seinem Schlußwort unter anderem aus, daß die Stadtplanung bereits Untersuchungen über zweckmäßige

Verlegungen von Märkten anstellt. Natürlich wird die Verlegung des Naschmarktes ein Problem sein. Er könne aber keine Erklärung darüber abgeben, denn wenn er den Platz nenne und dort die Grundstücke nicht in Besitz der Gemeinde sind, würden die Grundpreise sofort in die Höhe klettern.

Was die Beanstandungen bei Weinproben betrifft, so gab es vor allen Schwierigkeiten bei den Importen aus Jugoslawien.

Der Referent beantwortete dann im Zusammenhang mit der Preisentwicklung auf den Wiener Märkten gestellte Fragen. Ein Kalb, so meinte er, müßte vier Schlögel und vier Nierenbraten haben, dann wäre alles leichter. Die Bevölkerung müsse einmal zur Kenntnis nehmen, daß man auch billiges Fleisch kaufen kann und muß. Er habe auch schon im Vorjahr betont, wer die ersten Kirschen und den ersten Salat essen will, muß dafür eben mehr bezahlen. Die Kartoffeln können oft nicht auf den Markt gebracht werden, weil die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlen. Für eine zweite Freibank ist dank der guten Arbeit der Tierärzte kein Fleisch mehr vorhanden. GR. Traxler hat unter anderem über das Problem des Exportmarktes gesprochen. Bisher haben wir in die Verhandlungen noch nicht direkt eingegriffen. Wenn wir aber eine Entscheidung zu treffen haben werden, dann wird sie so sein, daß sie dem Konsumenten dient, aber auch unsere Wirtschaft nicht schädigt.

GR. Dr. Hengl habe verschiedene Fragen berührt, die er leider nicht lösen könne. Er könne den Finanzreferenten nicht bewegen, auf gewisse Einnahmen der Getränkesteuer zu verzichten. Die Anregungen des ÖVP-Debatteredners, sagte der Referent, werde er jedoch aufgreifen. Er freue sich vor allen darüber, daß sich die Wiener Landwirtschaftskammer auf den Volkshochschulen der Information der Hausfrauen mehr als bisher widmen wird.

Abschließend dankte der Referent den Debatterednern für ihre Beiträge und ersuchte um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Gruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen.

Verwaltungsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten  
=====

19. Dezember (RK) Stadtrat Afritsch (SPÖ) referierte über die Ansätze der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Er führte u.a. aus: Für das XI. Hauptstück sind im Voranschlag für das Jahr 1958 187,466.600 Schilling vorgesehen. Im Jahre 1958 waren 162,261.300 Schilling eingesetzt. Das bedeutet eine Erhöhung von mehr als 25 Millionen.

Für die Grunderwerbungen wurden in den Jahren 1957 und 1958 je 50 Millionen vorgesehen, aber pro Jahr 70 Millionen Schilling ausgegeben, sodaß der höhere Ansatz von 70,400.000 für das Jahr 1959 sich den tatsächlichen Ausgaben in den letzten Jahren anpaßt.

In der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, ist die Heimatrolle wie in den letzten Jahren durch die Ausstellung von förmlichen Staatsbürgerschaftsnachweisen, Heimatrollenauszügen und sonstigen Bescheinigungen noch immer überlastet.

Vom 1. Jänner bis 30. November 1958 wurden insgesamt 133.643 solche Bescheinigungen ausgestellt. Benötigt werden diese Bescheinigungen für verschiedene Zwecke, am meisten noch immer für Reisepässe. Es wird wohl kaum ein Referat im öffentlichen Dienst geben, in dem in 11 Monaten 141.640 Parteien vorsprechen.

Die Zahl der Einbürgerungen in den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug nur mehr 1.165 und ist im Vergleich zu 1957 leicht gesunken.

In der Zweiten Republik wurden von 1945 bis 30. November dieses Jahres 91.953 Ansuchen um Verleihung der Staatsbürgerschaft und Staatsbürgerschaftserklärungen aufrecht erledigt. Mit Hinzurechnung der Frauen und Kinder haben seit 1945 mehr als 152.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.

Die Eheschließungen sind im Vergleich zu 1957 in den ersten 11 Monaten des Jahres von 12.756 auf 12.306 zurückgegangen.

Die Sterbefälle sind in dem gleichen Zeitraum von 24.319 auf 23.216 gesunken.

Erfreulicherweise ist die Anzahl der Geburten von 15.869 auf 16.414 gestiegen. Es handelt sich um eine von Jahr zu Jahr

steigende Tendenz, die zuerst im Jahre 1953 auftrat. Die Geburtenzahlen dieses Jahres sind die höchsten seit zehn Jahren.

In der Magistratsabteilung 62, Polizeiwesen, Wahlen, Verschiedenes, sind für die Führung der Stimmlisten im Vorschlag 1,800.000 Schilling und für die Durchführung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen drei Millionen vorgesehen. Falls die Nationalratswahlen gleichzeitig mit den Gemeinderatswahlen durchgeführt werden, verringern sich die Kosten.

Die Haupttätigkeit der Magistratsabteilung 62 bildet die Führung der Stimmliste, die derzeit noch zentral erfolgt und die damit verbundene Wahlvorbereitung.

Von den 102 in der Abteilung 62 ständig beschäftigten Beamten und für das Jahr aufgerechneten Aushilfskräften sind 82 bei den Wahlarbeiten tätig.

Die Führung der Stimmliste ist deshalb umfangreich und schwierig, weil in einem Monat 25.000 Veränderungen zu verarbeiten sind. Es entfallen daher auf einen Werktag mehr als 1.000 Veränderungen.

Obwohl noch nicht endgültig entschieden ist, ob der Gemeinderat und die Bezirksvertretung gemeinsam mit dem Nationalrat gewählt werden und außerdem noch nicht der Wahltag feststeht, müssen legislative und organisatorische Maßnahmen und Vorarbeiten für eine gemeinsame Wahl getroffen werden.

Die Gemeindewahlordnung muß auf jeden Fall novelliert werden, da die Bestimmungen des Stimmlistengesetzes in ihr eingebaut werden müssen. Ebenso muß die Frage des gemeinsamen amtlichen Stimmzettels eingehend erwogen werden. Gleichfalls muß in der Gemeindewahlordnung bestimmt sein, wie der amtliche Stimmzettel auszusehen hat, wie die Parteien gereiht werden und wie der Wähler ihn auszufüllen hat.

Die Frage des Kostenbeitrages der wahlwerbenden Parteien und Gruppen und noch andere Fragen werden ebenfalls bei der Novellierung behandelt werden müssen.

Die öffentlichen Verwaltungen und Aufsichten sind von 169 auf 139 zurückgegangen.

Der Magistrat führt auch die vereinspolizeilichen Angelegenheiten durch. 373 Vereine wurden gegründet. 291 Vereine



stellten ihre Tätigkeit ein.

Allgemein interessant auf dem Gebiete des Gewerberechtes ist das in Juli 1958 nach langjähriger Behandlung zustandekommene Ladenschlußgesetz.

Dieses Gesetz, welches dem Landeshauptmann weitgehende Ermächtigungen einräumt, tritt am 1. Februar 1959 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt ist auch die Wiener Ladenschlußverordnung zu erlassen.

Die Verhandlungen mit den beteiligten Interessenvertretungen sind im wesentlichen abgeschlossen. Es kann heute schon gesagt werden, daß in Grunde genommen die bisherige Regelung mit geringfügigen Änderungen beibehalten werden wird.

Der Hauptbestandteil des Gewerberechtes ist die nunmehr in nächsten Jahr ihren 100jährigen Bestand feiernde Gewerbeordnung, die während dieser Zeit hundertmal novelliert wurde. Es ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die Materie des Gewerberechtes in ihrer Gesamtheit neu zu regeln. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes einer neuen Gewerbeordnung eingesetzt. Es wäre zweckmäßig, diese Kommission durch Einbeziehung von Fachleuten, die große Erfahrung auf diesem Gebiet haben, zu erweitern. In der Zeit von 1. Dezember 1957 bis 30. November 1958 wurden insgesamt 6.728 neue Gewerbe begründet. Dem stehen 6.480 Neubegründungen im Vorjahr gegenüber.

In dem gleichen Zeitraum sind insgesamt 9.278 Berechtigungen, davon 6.952 durch Rücklegung, erloschen. Dem stehen 7.100 Gewerbebeendigungen im Vorjahr gegenüber.

Auch im Jahre 1958 hat die Magistratsabteilung 64, Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftschiffahrtsangelegenheiten, umfangreiche logistische Aufgaben zu erfüllen gehabt.

In Voranschlag der Magistratsabteilung 65, Zivilrechtsangelegenheiten und Grundtransaktionen, für das Jahr 1959 sind für Grunderwerbungen 70 Millionen Schilling vorgesehen.

Bis zum 9. Dezember wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaße von 3,540.811 Quadratmetern erworben.

Fast in allen Bezirken Wiens konnten Grundflächen erheblichen Ausmaßes erworben werden.

Aus der großen Zahl der Grunderwerbungen des Jahres 1958 können folgende große Transaktionen hervorgehoben werden:

Die Erwerbung eines ca. 2 Millionen Quadratmeter großer Grundbesitzes in Wegscheid bei Gußwerk in Steiermark zur Vergrößerung des städteigenen Quellenschutzgebietes in Wildalpen und zur Sicherung der ergiebigen Pfannbauernquelle für einen späteren Anschluß an das System der II. Wiener Hochquellenwasserleitung. Der Kaufpreis betrug 2,5 Millionen.

Der Kauf einer 167.000 Quadratmeter großen Grundfläche an der Perfektastraße in Erlaa im 23. Bezirk um den Kaufpreis von 5,7 Millionen. Diese im Industriegebiet liegende Grundfläche ist für die Absiedlung von Industriegebieten bereitgestellt.

Der Erwerb einer ca. 13.000 Quadratmeter großen Grundfläche in zentraler Lage Floridsdorf an der Brünner Straße gegenüber der städtischen Wohnhausanlage Schlingerhof aus dem Besitz des Stiftes Klosterneuburg um den Kaufpreis von 2,5 Millionen. Diese Fläche ist zur Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage sehr gut geeignet.

Die Erwerbung der restlichen Anteile am sogenannten Kaisergarten im Prater (ca. 38.000 Quadratmeter) um den Preis von 2,9 Millionen zum Zwecke der gärtnerischen Ausgestaltung dieses Gebietes.

Der Kauf des 17.000 Quadratmeter großen Grundkomplexes an der Vorgartenstraße im 2. Bezirk für Bauzwecke um 1,2 Millionen.

Die Erwerbung einer Grundfläche von 56.000 Quadratmetern in Stammersdorf um den Betrag von 1,7 Millionen zum Zwecke der Erweiterung des Stammersdorfer Zentralfriedhofes.

Die Zahl der Zivilrechtsfälle geht von Jahr zu Jahr zurück. Dieser Rückgang ist mit dem Auslauf der Prozesse zu erklären, die in Zusammenhang mit den Nachwuchsverhältnissen stehen, und zeigt die Konsolidierung des Wirtschaftslebens.

Der Bevölkerungsstand betrug am 1. Jänner 1958 1,639.513, am 31. Oktober 1,649.311, was eine Zunahme von 9.798 ergibt. Gestorben sind in den letzten zehn Monaten 19.900 Personen, geboren wurden im gleichen Zeitabschnitt 12.766. Bei Zu- und Abwanderung ergibt sich ein Gewinn von 16.932. Von der derzeitigen Wiener Gesamtbevölkerung hat ein Fünftel das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet, doch ist andererseits ein Fünftel bereits mindestens 65 Jahre alt, ein Verteilungsverhältnis, das sich aller Voraussicht nach im Verlaufe des nächsten Dezenniums noch weiter zu Ungunsten unserer Jugend verschieben wird.

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge betrug Ende Oktober 1958 174.749, wozu noch 31.940 Mopeds kommen, deren Zahl im letzten Jahr um 36 Prozent zugenommen hat. Insgesamt sind 206.689 Motorfahrzeuge in Wien registriert, was gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung um 23.698 bedeutet.

Von Jänner bis Oktober 1958 ereigneten sich in Wien 19.164 Verkehrsunfälle, bei denen 11.201 Personen verletzt wurden. Im Vorjahr wurden im gleichen Zeitraum bei 16.684 Unfällen 11.030 Personen verletzt. Die Verkehrsunfälle haben absolut zugenommen, aber bezogen auf den Stand der Motorfahrzeuge relativ abgenommen.

Durch 32 Kundmachungen wurden umfangreiche Verkehrsregelungen erlassen. Von 1. Jänner bis 25. November wurden 51 Straßen und Plätze oder Teilstrecken zu Einbahnstraßen erklärt.

Für die Feuerwehr sind für 1959 einschließlich der baulichen Investitionen 74,3 Millionen Schilling vorgesehen. Die Hauptfeuerwache Döbling wird im Sommer 1959 fertiggestellt sein. Ebenso ist die Feuerwache Meidlingau knapp vor der Fertigstellung und wird bei gleichzeitiger Auflösung der Feuerwache St. Veit am Beginn des neuen Jahres bezogen werden. Als erste Rate für die neue Hauptfeuerwache in der Vorgartenstraße ist ein vorläufiger Betrag von einer Million Schilling eingesetzt.

Für die technische Ausgestaltung und Modernisierung der Feuerwehr sind 2,1 Millionen Schilling vorgesehen. Der Stand der Feuerwehrfahrzeuge hat sich von 146 Ende 1957 auf 151 erhöht. In der Zeit vom 1.11.1957 bis 31.10.1958 ist die Feuerwehr zu sechs Großbränden, 50 Mittelbränden, 1.269 Kleinbränden und 3.872 technischen Hilfeleistungen ausgerückt. Die Ausrückungen zu Bränden sind um fast 200 zurückgegangen, während die Ausrückungen zu technischen Hilfeleistungen um über 600 zugenommen haben. Der Personalstand beträgt derzeit 1.244.

Über die Pressestelle gab der Referent u.a. bekannt:

Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint täglich dreimal. Die Meldungen werden um 11 Uhr, um 15 Uhr und am Abend nach Bedarf dem Verteilerbüro in der Börse zugestellt. Das "Amtsblatt der Stadt Wien", erscheint wöchentlich zweimal, das "Landesgesetzblatt für Wien" nach Bedarf. Die Auflage des "Ämtlichen Wohnungstauschanzeigers" wird für das nächste Jahr mit 4.860 Stück angenommen. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen.

In Wien werden von Jahr zu Jahr mehr Kongresse und internationale Tagungen abgehalten. Während im Jahre 1957 anlässlich von 89 Kongressen und Tagungen 12.000 Teilnehmer von der Stadt Wien empfangen wurden, waren es im Jahre 1958 107 Kongresse mit einer Teilnehmerzahl von 17.403. Der Anteil der Ausländer unter den Gästen ist rund 70 Prozent. Außerdem wurden vom Präsidialdienst 59 Gruppen in- und ausländischer Sportler, Studenten und Wissenschaftler betreut.

Die Ehrung von Goldenen Hochzeitem erreichte im Jahre 1958 mit 959 Jubelpaaren eine Rekordhöhe. Unter diesen befand sich das elftausendste seit dem Jahre 1945.

Unter dem Beifall des Hauses dankte Stadtrat Afritsch allen Beamten und besonders den Angehörigen der Feuerwehr.

./.

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (VO) forderte eine Koordinierung der Tätigkeit der Bezirksvertretungen und der Stadtverwaltung und die Novellierung der Wahlordnung in der Weise, daß jeder Stimme das gleiche Gewicht zukommt. Weiter befürwortete er eine statistische Darstellung darüber, wie viele Kündigungen zu Delogierungen geführt haben.

Der Redner anerkannte die für die Feuerwehrmannschaft erreichten Verbesserungen, brachte aber einige weitere Wünsche vor, so nach besserer Einstufung.

Der Redner erinnert sodann an ein Versprechen, das während der vorjährigen Budgetdebatte bereits gegeben wurde, nämlich die Rückgliederung verschiedener ausgemeindeter Orte. Viele dieser Gebiete haben wiederholt den Wunsch geäußert, zu Wien zurückzukommen.

Auf dem Gebiete der Bodenbeschaffung sei sehr viel geschehen. Je mehr Boden die Gemeinde erwirbt, umso besser wird es für die Bevölkerung sein. Besondere Bedeutung komme auch der Schaffung von Baurecht in größerem Maße zu.

Der Redner erklärt namens seiner Fraktion, daß diese den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Walzer (ÖVP) will sich kurz fassen, weil Stadtrat Afritsch bereits die wesentlichen Verdienste dieser Gruppe aufgezeigt hat. Er will nur einige Anregungen geben. So wiederholt er die von seiner Fraktion bereits im Vorjahr erhobene Forderung nach Anlegung einer Familienstatistik. Durch eine derartige Statistik hätte die Stadtverwaltung Einblick in die Familie und könnte dadurch verschiedene Anregungen erhalten, die sich familienfördernd auswerten ließen.

Die Grundankäufe werden von seiner Fraktion begrüßt. Man dürfe hierbei nicht vergessen, auch Grundflächen für die Anlage von Sportplätzen zu bekommen.

Zum Kapitel der Feuerwehr stellt der Redner fest, daß sie die einzige Abteilung ist, in der noch immer ein kommunistisch-sozialistischer Proporz herrsche. Jemand, der nicht einer diesen beiden Parteien angehört, habe kaum Aussicht bei der Feuerwehr

aufgenommen zu werden. Er bittet, hier einmal nach den Rechten zu sehen. Auch um den Offiziersnachwuchs bei der Feuerwehr sei es schlecht bestellt. Ein junger Mensch, der an der Offizierslaufbahn interessiert ist, muß jahrelang warten, um in einen höheren Rang eingestuft zu werden. Eine Änderung der Dienstordnung wäre zweckmäßig, um ein rascheres Aufrücken zu gewährleisten. Man könnte sonst leicht eines Tages vor der Tatsache stehen, daß durch Überalterung und Ausscheiden der Offiziere kein entsprechender Qualitätsnachwuchs vorhanden wäre.

Positiv nimmt der Redner zur Pressestelle Stellung.

Zum Unterschied zu den vergangenen Jahren sind heuer bei der Bilderherstellung auch der sonst "vernachlässigte" SPÖ-Stadtrat Glaserer und die ÖVP-Mandatare häufiger vor das Objektiv gebracht worden.

Eine Bitte der Wiener Kleingewerbetreibenden sei es, daß die Stadtverwaltung etwas gegen das Pfuschartum unternehme. Gemeint ist hier nicht der kleine Pfuscher, der vielleicht gerade seinen Nachbarn etwas hilft, sondern der notorische, chronische Pfuscher. Die Gewerbetreibenden, die Geschäftsleute dieser Stadt haben durch ihre Steuerleistungen entscheidenden Anteil an den Wiederaufbau unserer Stadt. Sie haben schwer zu kämpfen, um die Steuern und in besonderen die Gewerbesteuer aufzubringen. Sie haben ein Recht darauf, daß die Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Pfuscherunwesens nach den Rechten sieht. Stadtrat **Afritsch** hat diesem Problem Verständnis entgegengebracht. Die Durchschnittsstrafe wurde auch von 100 auf 180 Schilling erhöht. Vielleicht wäre durch eine Beschlagnahme des Pfuscherwerkzeuges hier eher Abhilfe zu schaffen. Es wird schließlich nicht nur die Frequenz in den Betrieben geschädigt, sondern es wirkt sich dies auch auf die Arbeiter und Angestellten der Betriebe aus. (Beifall bei der ÖVP.) Das Problem der Arbeitszeitverkürzung wird leider noch weiter dazu beitragen, das Pfuschartum zu steigern. Er bittet Stadtrat **Afritsch**, raschest klare, deutliche Weisungen an die Magistratischen Bezirksämter auszugeben, damit die Beamten gegen Pfuscher entsprechend vorgehen können.

Der Redner kommt sodann auf den Beitrag der Stadt Wien in der Höhe von 33 Millionen an die Bundespolizei zu sprechen. Wenn die Polizei auch Sache des Bundes sei, könne man doch verlangen, daß die Gemeinde Wien auf Grund ihrer Beitragsleistung ein gewisses Mitspracherecht hat. Der Redner ersucht, nicht mißverstanden zu werden, aber das Recht der Bevölkerung auf Ruhe, Ordnung und Sicherheit kann von der Polizei in der letzten Zeit anscheinend nicht mehr gewahrt werden. Sicherlich kommen in einer Großstadt immer wieder Verbrechen vor, aber die der letzten Zeit haben diesen Rahmen weit gesprengt. Es geht aber hier nicht nur um Kapitalverbrechen. Es gibt in unserer Stadt Menschen, die mit Absicht andere auf der Straße anpöbeln, mit ihren Fahrzeugen ungeheuren Lärm machen, die öffentlichen Anlagen beschädigen usw. Diese Menschen stellen sich bewußt gegen die Ordnung. Die Persönlichkeit des einzelnen ist allen heilig, doch ist es in Einzelfällen notwendig, gegen betonte Gangster allerschärfstens durchzugreifen. (Allgemeiner Beifall.) Sicherlich kann der einzelne Wachebeamte nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil er nicht genügend auf Ordnung achtet. Die Beamten müßten von ihren vorgesetzten Stellen klar angewiesen werden, wie sie in solchen Fällen zu entscheiden haben. Der Redner stellt fest, daß sicherlich alle in diesem Hause mit ihm einer Meinung sind, wenn er an den Bürgermeister und an die zuständigen Stadträte das höfliche Ersuchen richtet, dem Polizeipräsidenten ruhig und sachlich zu sagen, daß wir mit den Sicherheitsverhältnissen in unserer Stadt nicht mehr zufrieden sind.

Verlangen muß man auch, daß bei der Polizei fachliche Eignung, Bildung und persönliches Ansehen ausschlaggebend sind, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer Partei. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Glinz (SPÖ) bezeichnet die erhöhten Präsidialausgaben als sehr begrüßenswert; stehen doch die repräsentativen Verpflichtungen unserer Stadt im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr. Nahmen 1957 12.000 Personen an in Wien abgehaltenen Kongressen teil, so waren es 1958 bereits 17.000 Teilnehmer.

Es wurden 59 Gruppen in- und ausländischer Jugend- und Sportverbände, Studenten und Wissenschaftler in unserer Stadt begrüßt. Enthalten sind in den Präsidialausgaben auch die Kosten für die Ehrung der Goldenen, Eisernen und Diamantenen Hochzeiter.

Auf den Sektor der Feuerwehr ist es erfreulich festzustellen, daß in kommenden Jahr die Neubauten vollendet werden und auch die notwendigen Umbauten erfolgreich fortgesetzt werden. Besonderes Augenmerk muß der Ausrüstung der Feuerwehr mit modernen technischen Geräten zugewendet werden. Der Redner dankt den Feuerwehrmännern, die immer größere Leistungen vollbringen müssen, für ihre vorbildliche Arbeit im ablaufenden Jahr. Große Leistungen haben sie auch bei der Abhaltung des großen Internationalen Feuerwehrkongresses erbracht. Bei der öffentlichen Vorführung auf dem Rathausplatz haben sie der Bevölkerung ein anschauliches Bild von ihrem technischen Können und den technischen Leistungen gegeben. (Allgemeiner Beifall.) Der Wiederaufbau der Feuerwehr nach dem trostlosen Zustand im Jahre 1945 war eine gewaltige Leistung der Feuerwehrangestellten, der Bediensteten und ihren Offizieren. Ein großes Verdienst hat sich auf diesem Gebiet jedoch auch Stadtrat Afritsch erworben. Ihm gebühre gleichfalls herzlicher Dank. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Hausner könne er nur erwidern, falls die Feuerwehrleute mit ihrer Besoldungsordnung nicht einverstanden sind, werden sie sicher den Weg zu ihren Vertrauensleuten finden. Im Gemeinderat sei wohl kaum der richtige Platz über dieses Thema zu verhandeln.

Die Grundtransaktionen bezeichnet GR. Glinz als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung. Wenn im Voranschlag für 1959 für Grundkäufe um fünf Millionen weniger veranschlagt sind, als im Jahre 1958 für diesen Zweck verwendet wurden, wird der Gemeinderat nötigenfalls bestimmt Nachtragskrediten zustimmen. Der Stadtverwaltung ist es im Jahre 1957 gelungen, 2,7 Millionen Quadratmeter Grund zu kaufen. Im Jahre 1958 waren es in den elf Monaten 3,5 Millionen Quadratmeter. Diese Grunderwerbungen sind nicht nur für den bedeutenden Wohnungsbau, sondern für Bäder, Friedhofserweiterungen und vieles andere



notwendig. Die Wiener Stadtverwaltung ist in unserer Gemeinde der größte Bauherr. Im Rahmen der Gesetzgebung müßten ihr jedoch weitaus größere Möglichkeiten gegeben werden, ihr Assanierungsprogramm durchzuführen. Solange wir kein Assanierungs- oder Grundbeschaffungsgesetz haben, ist seine Durchführung nur mit großen Hindernissen möglich. Viele Hausbesitzer in den Assanierungsgebieten weigern sich, ihre alten verfallenen Häuser herzugeben, obwohl sie die Gemeinde ja ablöst und ihnen auch eine Wohnung zur Verfügung stellt.

Die Frage des Gebietsänderungsgesetzes ist sehr schwierig. Verschiedene Gemeinden haben bereits durch Volksabstimmungen ihren Willen, wieder zu Wien zu kommen, gezeigt. Es ist dies jedoch letzten Endes eine Sache, die Niederösterreich betrifft und über die daher im Gemeinderat nicht verhandelt werden kann.

Abschließend richtet der Redner den Appell an die Vertreter der ÖVP, alles dazu beizutragen, daß im Rahmen des österreichischen Parlamentarismus, im Rahmen der Gesetzgebung so rasch wie möglich das Assanierungsgesetz und ein modernes Grundbeschaffungsgesetz geschaffen wird. Namens seiner Fraktion könne er die Zusicherung geben, daß sie dem XI. Hauptstück zustimmen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Afritsch führt in seinem Schlußwort u.a. aus, er höre im allgemeinen, daß in den Bezirksvertretungen gut und demokratisch gearbeitet wird. Wenn Beschwerden bekannt werden, versuchen wir diesen Mangel so weit wie möglich abzustellen.

Was die gerechte Auswertung der Stimmen beim Ermittlungsverfahren anlangt, so habe er schon darauf hingewiesen, daß die Gemeindewahlordnung novelliert werden muß. Bei dieser Gelegenheit wird man auch darüber sprechen.

Der Wiener Raum muß nach dem Süden erweitert werden, wenn nicht die ganze Planung in der Entwicklung gehemmt werden soll. Er hoffe, daß sich alle Parteien dafür einsetzen werden, damit Wien jenen Raum bekommt, den es zu seiner Entwicklung braucht.

Bei den Grundkäufen halte sich seine Abteilung meist an die Schätzpreise der Magistratsabteilung 40. Viele Grundstücke kann die Gemeinde nicht kaufen, weil das Angebot zu teuer ist.

Wir stellen jedoch fest, daß dann oft gemeinwirtschaftliche Genossenschaften und Vereine die Grundstücke doch kaufen, und zwar zu einem viel höheren Preis als dem Schätzpreis. Dieses gegenseitige Lizitieren ist keineswegs von Vorteil.

Wegen der Wünsche an das Statistische Amt der Stadt Wien werde er untersuchen, ob es möglich ist, eine Familienstatistik zusammenzustellen. Ebenso versicherte der Referent, daß man auch das Pflückerwesen in Zukunft bekämpfen werde.

Die Wiener Feuerwehrleute gehören zu den bestausgerüsteten. Wir brauchen hier keinen Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen. Jeder Feuerwehrmann im Branddienst besitzt vier Blusen, drei Hemdblusen, vier Tuchhosen, drei Zwilchhosen, zwei Paar Stiefel, einen Regentmantel, einen Tuchmantel, ein Paar gefütterte Lederhandschuhe, eine Dienstkappe und eine Arbeitskappe. Leider besteht tatsächlich ein Mangel beim Offiziersnachwuchs.

Abschließend stellte Stadtrat Afritsch fest, er sei seit 1945 bei jedem Großfeuer dabeigewesen und hätte Gelegenheit gehabt, den Einsatz der Feuerwehrleute zu verfolgen. (GR. Schwaiger (ÖVP): Das hat auch nichts genützt!) Die Ursache der Großbrände war hauptsächlich in der Art der Objekte gelegen. Meist sind es Lagerplätze, chemische Fabriken und ähnliches gewesen. Aber das erfreuliche ist, daß wir keinen Großbrand in einem Miethaus gehabt haben. Das Verdienst daran hat die gute Wiener Feuerwehr, haben aber auch die guten Bauvorschriften unserer Stadt. Wir mußten in der letzten Zeit von großen Brandkatastrophen lesen. Er habe die feste Überzeugung, daß solche Feuer in Wien nicht vorkommen können. (Allgemeiner Beifall. Rufe von der ÖVP: Nur nix verschreien!)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des XI. Hauptstückes einstimmig angenommen.

#### Wiener Budget vom Gemeinderat genehmigt

Der Vorsitzende GR. Dr. Hongl teilt zur letzten Beratungsgruppe des Voranschlags der Stadt Wien, Bilanz und Bedeckung, mit, daß Stadtrat Slavik bereits in seinem Bericht zur General- und Spezialdebatte der Gruppe II die entsprechenden Anträge gestellt hat. Wortmeldungen liegen nicht vor, er bringe daher die Anträge des Referenten zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen  
=====

19. Dezember (RK) Über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1959 referiert nun Stadtrat Dkfr. Nathschläger (ÖVP). Er erinnere sich, so führt der Referent aus, in diesem Augenblick an die Zeit vor einem Jahr als das Budget für das Jahr 1958 förmlich erst im letzten Moment nach Abschluß der Sanierungsverhandlungen fertiggestellt und den in Betracht kommenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnte. Eine solche nervenbeanspruchende Situation haben wir heuer nicht vorgefunden und die Voranschläge der städtischen Unternehmungen konnten daher in normaler Weise und zeitgerecht bereits im Ausschuß und im Stadtsenat verabschiedet werden. Bei Abschluß der Sanierungsverhandlungen war den beiden Koalitionsparteien vollkommen klar, da sie nur ein Teilergebnis erreicht haben, dem andere Lösungen zu einer Verbesserung der Gebarung der Wiener Stadtwerke noch folgen müßten. Sie haben es daher als ihre Pflicht betrachtet, weitere Erleichterungen der budgetären Lage der Wiener Stadtwerke auf der Ausgabenseite durch kostensparende Reformen und auf der Einnahmenseite durch eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung zu beraten. Zu den Tarifumgestaltungen ist es dann auch nach längeren Verhandlungen einerseits auf Gemeindeebene, andererseits was die Stromtarife anbelangt auf der Bundesebene gekommen und die Tarife der Gaswerke wurden mit Wirksamkeit ab 1. April, die der Verkehrsbetriebe ab 19. Mai und die der Elektrizitätswerke ab 1. August neu geregelt. Auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen konnte erfreulicherweise konstatiert werden, daß die Auswirkungen der Tarifumgestaltungen wesentlich günstiger ausfielen als ursprünglich angenommen.

./.

Rechneten die Gaswerke ursprünglich mit einer Mehreinnahme aus dem Gasabsatz von 15 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe mit einem Mehrerlös von 25 Millionen und die Elektrizitätswerke mit zusätzlichen Einnahmen von 105 Millionen, so konnten die Gaswerke und Elektrizitätswerke einen Mehrerlös für Gas von 33,3 Millionen und einen solchen für Strom von 166 Millionen Schilling in den Voranschlag einsetzen, während die Verkehrsbetriebe ein Plus von 84,7 Millionen in das Budget 1959 einbauten. Bei den Gaswerken war allerdings noch zu berücksichtigen, daß infolge einer Änderung der Betriebsweise der Koksverkauf sinkt und daraus ein Mindererlös von 64 Millionen resultiert. In Summe konnte demnach bei diesen vier Hauptpositionen ein Mehrerlös von 220 Millionen angesetzt werden. Leider aber standen den Mehrerträgen von insgesamt 277,6 Millionen Schilling Mehraufwendungen in der Höhe von 170 Millionen gegenüber. Das Gesamtergebnis der Wiener Stadtwerke konnte sich demnach nur um 107,6 Millionen günstiger gestalten als für 1958 und es resultierte demnach letzten Endes ein Abgang von 206,7 Millionen Schilling.

Es war nun naheliegend, die Bewegung bei den einzelnen Aufwandsposten näher zu analysieren. Dabei stellte sich heraus, daß von dem Mehraufwand von 170 Millionen Schilling nicht weniger als 115,6 Millionen auf Veränderungen bei der Zuführung von Bruttoprämien zu der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen, bei der Verzinsung des Deckungskapitals und bei den Pensionsauszahlungen selbst entfallen. Insgesamt stehen im Erfolgsplan 1959 635 Millionen für Löhne und Gehälter einen Gesamtaufwand für Pensionsverpflichtungen in der Höhe von 522 Millionen Schilling gegenüber. Die Pensionslast spielt also bei den Wiener Stadtwerken eine ganz eminente Rolle. Daß sie gerade jetzt so drückend geworden ist geht auf mehrere Gründe zurück: einerseits konnten für Altpensionisten, das sind jene, die vor dem 1. Jänner 1955 in den Ruhestand traten, in der Schilling-eröffnungsbilanz keine Rückstellungen reserviert werden und andererseits war die gebildete Rückstellung für das aktive Personal zu gering. Es muß daher in Form von Nachholraten aufgefüllt werden.

Die diesbezüglichen Berechnungen wurden im Herbst 1957 angestellt und das Ergebnis wurde im Rechnungsabschluß 1957 bereits eingesetzt. Der Voranschlag 1958 war in dieser Beziehung zu niedrig erstellt worden, während der Ansatz für die in Betracht kommenden Positionen im Budget 1959 nunmehr ungefähr die Höhe der im Abschluß 1957 aufscheinenden Posten erreicht.

Wenn die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke für sich allein bestünden, dann hätten sich nunmehr folgende Einzelergebnisse im Erfolgsplan ergeben:

Die Elektrizitätswerke hätten mit einem Überschuß von 59,5 Millionen, die Gaswerke mit einem Überschuß von 9,5 Millionen, die Bestattung mit einem Überschuß von 311.000 Schilling und die Wiener Verkehrsbetriebe dagegen mit einem Abgang von 276,1 Millionen gerechnet. Unter diesen Umständen wären aber die Investitionen bei den Verkehrsbetrieben viel zu gering ausgefallen. Es mußten daher sogar mehr als in den vorangegangenen Jahren bedeutende Mittel von den Elektrizitäts- und Gaswerken an die Verkehrsbetriebe abgegeben werden. Denn die Verkehrsbetriebe haben nicht nur für den normalen Bedarf vorzusorgen, sondern auch dafür, daß das große Erneuerungsprogramm, das uns durch die Straßenbahnverordnung 1957 terminisiert auferlegt worden ist, erfüllt wird. In Berücksichtigung dieser Notwendigkeiten wurden daher die Subventionen der Elektrizitätswerke mit 135 Millionen Schilling (Vorjahr 65 Millionen Schilling) und die der Gaswerke mit 42,5 Millionen Schilling (Vorjahr 35 Millionen Schilling) festgelegt. Die Bestattung gibt den Verkehrsbetrieben ein Darlehen in der Höhe von 3 Millionen Schilling.

Aus der zweiten Jahresrate des 5-Jahresinvestitionsplanes werden für die vorgesehenen Investitionen insgesamt 229 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, um 40 Millionen mehr als ursprünglich angenommen. Das 5-Jahresprogramm macht sich besonders bei den Lieferfirmen vorteilhaft bemerkbar, da nunmehr auf längere Frist geplant werden kann und die Bestellungen so zeitgerecht erteilt werden können, daß auch die Lieferungen in den vorgesehenen Zeitraum tatsächlich erfolgen können.

Bei der Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusbetrieb wird infolge einer kleinen Verzögerung in der Anlieferung der Autobusse die Linie 63 voraussichtlich erst in Jänner, Anfang Februar 1959, auf den Autobusbetrieb umgestellt werden. Die Linien 61, 40 und 57 sind für die Umstellung vorgesehen, doch hängt das von der rechtzeitigen Anlieferung der bereits bestellten Autobusse und von der zeitgerechten Fertigstellung einer neuen Garage ab. Auf Grund von Versuchsfahrten haben sich die Verkehrsbetriebe entschlossen, sich auf Doppeldeckautobusse mit selbstschließenden Türen festzulegen, die auf stark frequentierten Linien eingesetzt und nach einer Lizenz in Österreich erzeugt werden sollen. Es werden immer neue Wünsche auf Umstellung geäußert, und in der letzten Zeit hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Ersatz der Linien E<sup>2</sup>, G<sup>2</sup> und H<sup>2</sup> durch Autobusse ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Die erforderliche Umstellung muß in Einklang mit der Durchführung der neuen Verkehrsplanung stehen. Für die Verlängerung der Gürtellinie, der Verbindung mit der Schnellbahn, wurde der Auftrag erteilt, zwei Projekte zu erstellen, eines in schienenbahnmäßiger Form und eines in Form der Alwegbahn.

Es kann nunmehr angenommen werden, daß der Generalverkehrsplan in verhältnismäßig kurzer Zeit vorliegen wird. Eine Ergänzung muß er in einen sogenannten Verkehrsstromplan finden, der ebenfalls in Arbeit ist. Ich bin allerdings der Meinung, daß in einem Generalverkehrsplan unter allen Umständen auch ein künftiges U-Bahnnetz enthalten sein muß.

Die bisher vorgelegten U-Bahnpläne haben zugegebenermaßen den Nachteil, daß sie von vornherein ein Netz von über 40 Kilometern vorschlagen, was zirka sechs Milliarden Schilling verschlingen würde. Zunächst wäre Wien aber schon mit einem "kleinen U-Bahnnetz" geholfen, wodurch der Massenverkehr im Raum zwischen Gürtel und Donaukanal abgewickelt werden könnte.

Natürlich müßte dieses kleine U-Bahnnetz der Wiener Innenstadt an mehreren Punkten mit dem bestehenden Stadtbahnsystem in eine direkte Verbindung gebracht werden, was am Westbahnhof, zwischen Kettenbrückengasse und Karlsplatz, bei der Station Alser Straße und bei der Volksoper möglich wäre. Ein solches etwa sieben Kilometer langes zusätzliches U-Bahnnetz könnte mit etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Schilling gebaut werden.

Um zu verhindern, daß bisher ausgeführte Projekte durch spätere Planungen im Rahmen des Generalverkehrsplanes illusorisch oder überholt werden, sollten künftighin nur solche Projekte in Angriff genommen werden, von denen einwandfrei feststeht, daß auch im künftigen Generalverkehrsplan keine andere Lösung vorgesehen ist. Es sollen auch nicht Zwischenlösungen angestrebt werden, von denen von vornherein feststeht, daß sie nur während einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine gewisse Erleichterung schaffen, sondern es sollen womöglich ganze und dauerhafte Lösungen angestrebt werden. Es mag sicher richtig sein, daß z.B. die Projektierung der Schottentor-Kreuzung eine gewisse Erleichterung im Oberflächenverkehr bringen wird. Vernünftiger wäre es aber auf alle Fälle, schon jetzt den Straßenbahnverkehr in der Währinger Straße und in der Alser Straße überhaupt zu entfernen und den Massenverkehr in den Untergrund zu verlegen.

Wenn der Voranschlag gehalten und der mühselig zustande gebrachte Teilerfolg der Sanierung nicht neuerlich gefährdet werden soll, muß versucht werden, neue Belastungen, wie z.B. die Auswirkungen des 14. Monatsgehaltes und der 45-Stundenwoche durch Einsparungen und andere Rationalisierungsmaßnahmen aufzufangen. Ich richte daher den eindringlichen Appell an die Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, bei allen Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen aktiv mitzuarbeiten. Nur dann können Investitionskürzungen einerseits oder gar Tariferhöhungen andererseits, die beide dem arbeitenden Volk abträglich sind, vermieden werden.

Die Elektrizitätswerke haben im Jahre 1957 1.330 Millionen kWh an elektrischer Energie abgegeben, im heurigen Jahr wird der Stromverkauf voraussichtlich 1.420 Millionen kWh betragen, für das nächste Jahr wird der Stromverkauf schätzungsweise mit 1.521 Millionen kWh angenommen, das ist um rund 7 Prozent höher als der

Ansatz im Erfolgsplan 1958. Beim Wirkungsgrad wird neuerlich eine Verbesserung von 83,5 Prozent auf 84,5 Prozent angenommen.

Bei den Gaswerken war bei den Produktionsannahmen von vornherein die Änderung des Heizwertes zu berücksichtigen. Bezogen auf einen Heizwert von 4.600 Kalorien, werden pro 1959 512 Millionen Kubikmeter an verkauftem Gas präliminiert gegen 474 Millionen Kubikmeter im Voranschlag 1958 und 433 Millionen Kubikmeter laut Ergebnis pro 1957. Es wird demnach eine Steigerung der Verkaufsmenge um rund 38 Millionen Kubikmeter, das sind acht Prozent, angenommen. Die eingesetzte Erdgasmenge erfährt eine neuerliche Steigerung von 220 Millionen Nm<sup>3</sup> auf 265 Millionen Nm<sup>3</sup>.

Die Wiener Verkehrsbetriebe kalkulieren pro 1959 auf Strassenbahn, Stadtbahn, im Kraftfahrverkehrsbetrieb und auf der Linie 22 mit 505,8 Millionen Fahrgästen; das ist die gleiche Fahrgastfrequenz wie sie den Erfolgsplan 1958 zugrunde gelegt worden ist. 1957 wurden effektiv 503,3 Millionen Fahrgäste erreicht. Nach wie vor muß es unsere Aufgabe sein, durch geeignete Maßnahmen zu versuchen, abgewanderte Fahrgäste wieder den öffentlichen Verkehrsmitteln zuzuführen.

Bei der Städtischen Bestattung wird die gleiche Anzahl von 25.000 Bestattungsfällen angenommen.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einem Bierverkauf von 160.000 hl gegen 150.000 hl im Wirtschaftsplan 1958 und erreichten nahezu 170.000 hl im Jahre 1957.

Bei der Gewista werden die veranschlagten Einnahmen aus dem Reklamegeschäft um rund 3,1 Millionen Schilling oder 22 Prozent höher angenommen als 1958. Die Mehreinnahmen werden aus der Auswertung neuer Reklamearten erzielt, wobei die Straßenbahn-Bordwandtafeln von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke beziffert sich pro 1959 auf 3.137,8 Millionen Schilling gegen 2.893,7 Millionen Schilling im Erfolgsplan 1958. Es ist demnach beim Aufwand eine Steigerung um 8,44 Prozent zu verzeichnen. Die Erträge der Wiener Stadtwerke erhöhen sich von 2.579,3 Millionen Schilling auf 2.931,1 Millionen Schilling, was einer Steigerung um 13,64 Prozent gleichkommt. Einschließlich des Brauhauses und der Gewista ergibt sich ein präliminierter Gesamtaufwand für 1959 von 3.215 Millionen Schilling und ein Gesamtertrag von 3.009 Millionen Schilling, wobei der Aufwand um 8,31 Prozent und der Ertrag um 13,34 Prozent gegenüber 1958 gestiegen ist.



Stiegen die Aufwendungen der Wiener Stadtwerke von 1957 auf 1958 um 2.65 Prozent und die Erträge um rund drei Prozent, so sind die Prozentsätze, die zwischen den Erfolgsplänen 1958 und 1959 aufscheinen, wesentlich erfreulicher, da die Erträge infolge der Tarifregulierungen weitaus stärker ansteigen als die Aufwendungen und damit zu einer Verringerung des Defizits beitragen.

Sämtliche sechs Unternehmungen erreichen im Jahre 1959 zusammen 66 Prozent der Ausgaben des Budgets der Hoheitsverwaltung und 63 Prozent der Einnahmen. Im Jahre 1958 waren die entsprechenden Ziffern 67.47 Prozent der Ausgaben und 62.96 Prozent der Einnahmen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich somit die Verhältnisziffer des Aufwandes geringfügig erniedrigt, während infolge einer besseren Ertragslage der Unternehmungen im Jahre 1959 die Verhältnisziffer für die Einnahmen sich zugunsten der Unternehmungen verschoben hat.

Was die Personalstände der Wiener Stadtwerke anbelangt, so ist festzustellen, daß unter Einbeziehung der Verschiebung bei den Jugendlichen für das Jahr 1959 um insgesamt 525 aktive Bedienstete weniger angenommen werden als in Wirtschaftsplan 1958. Die Gesamtziffern sind pro 1959 bei den Stadtwerken 19.052 aktive Bedienstete, für 1958 waren es 19.577 Bedienstete. Bei den Pensionisten ist mit einer Erhöhung der Zahl der Pensionsparteien bei den Wiener Stadtwerken um 56 zu rechnen. Es steht somit für alle sechs Unternehmungen einer Personalreduktion um 528 Bediensteten eine Erhöhung des Standes der Pensionsparteien um 52 gegenüber, sodaß sich der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten gegenüber dem heurigen Jahr um 476 vermindert. Von Bedeutung ist hierbei, daß die Steigerung des Standes der Pensionsparteien in einem wesentlich geringeren Ausmaß als 1958 erfolgt, wo wir eine Steigerung von 177 bei den Pensionisten zu verzeichnen hatten. In der Verminderung des Personalstandes der aktiven Bediensteten kommen unter anderen die erfolgreichen Bemühungen der einzelnen Direktionen und der Generaldirektion zum Ausdruck, um die Gesamtsituation durch eine wirtschaftlichere Gebarung und Rationalisierung zu verbessern. Gerade aber der Umstand, daß sich der Stand der aktiven

Bediensteten Jahr für Jahr nicht unwesentlich vermindert, bringt es mit sich, daß das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionsparteien sich ständig zu Ungunsten der Pensionsparteien verschiebt, wozu noch die Tatsache kommt, daß infolge der Fortschritte der Medizin die Lebensdauer wesentlich angestiegen ist. Sind im Jahre 1951 auf 100 Aktive bei den E-Werken 69, bei den Gaswerken 73 und bei den Verkehrsbetrieben 94 Pensionsparteien entfallen, so sind es im Jahre 1958 bei den E-Werken bereits 74, bei den Gaswerken 102 und bei den Verkehrsbetrieben 114 Pensionsparteien auf 100 Aktive.

Insgesamt sind bei den Städtischen Unternehmungen 68 Jugendliche beschäftigt. Im Veranschlag 1958 waren es noch 345, von denen der größte Teil nach Erreichung des Lehrzieles in ein fixes Dienstverhältnis übernommen werden konnte. Der gesamte Personalaufwand einschließlich des Aufwandes für die Pensionisten (inklusive gesetzlicher und freiwilliger sozialer Aufwendungen) steigt für die Wiener Stadtwerke von 1.085 Millionen Schilling im Jahre 1958 auf 1.216,4 Millionen im Jahre 1959, das ist somit eine Steigerung um 12,11 Prozent, die sich im Detail bei den E-Werken mit 5,04 Prozent, bei den Gaswerken mit 13,72 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben mit 14,53 Prozent und bei der Bestattung mit 4,07 Prozent auswirkt.

Die Berechnung der Lohtangente auf Grund der ausbezahlten Aktiv- und Pensionsbezüge (inklusive gesetzlicher und freiwilliger sozialer Aufwendungen) ergibt bei den E-Werken 17,85 Prozent, bei den Gaswerken 16,80 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben 61,38 Prozent und bei der Bestattung 27,10 Prozent und im Durchschnitt für die Wiener Stadtwerke 33,13 Prozent von den gesamten Aufwendungen. Die Lohtangente ist besonders bei den Verkehrsbetrieben nicht unwesentlich zurückgegangen, da sie im Veranschlag 1957 noch 66,53 Prozent, gegen 1959: 61,38 Prozent, beträgt.

Die freien Investitionen der Wiener Stadtwerke beziffern sich im kommenden Jahr auf insgesamt 701,198.000 Schilling. Sie erreichen damit ein Ausmaß, das in dieser Höhe bei den vier Unternehmungen bisher noch niemals zu verzeichnen war und das umso mehr zu begrüßen ist, als es die Möglichkeit schafft, den noch immer großen Nachholbedarf, speziell der Monopolbetriebe, in einem forcierten Tempo abzubauen.

Die Investitionen für das Jahr 1958 wurden ursprünglich mit 304,9 Millionen Schilling angesetzt, die sich aber dann durch Sperraufhebungen und durch neue Anträge, deren Deckung bereits aus der ersten Rate des 5-Jahres-Investitionsplanes erfolgte, um 250 Millionen auf 554,9 Millionen Schilling erhöhten. Im Vergleich zum Jahre 1957 können aber im kommenden Jahr noch um 146,3 Millionen mehr investiert werden als im heurigen Jahr.

An Investitionen entfallen auf die einzelnen Werke: Elektrizitätswerke 263,7 Millionen (1957: 277,5 Millionen), Gaswerke 110,4 Millionen (1957: 121,9 Millionen), Verkehrsbetriebe 322,9 Millionen (151,5 Millionen), Bestattung 4,1 Millionen (3,9 Millionen), Brauhaus 3,8 Millionen (3,99 Millionen). Bei der Gewista sind keine Investitionen vorgesehen. Insgesamt betragen die freien Investitionen 704,9 Millionen Schilling gegenüber 559 Millionen im Jahre 1957. Das bedeutet ein Plus von 145,8 Millionen.

Von den 263,7 Millionen, die die E-Werke investieren können, entfallen auf Unspan- und Unterwerke (ohne Bahnwerke) 80,189.000 Schilling, auf Unterwerke für Straßenbahn und Stadtbahn 5,500.000 Schilling, auf Leitungsnetze ohne Bahnversorgung 66,6 Millionen Schilling, auf Leitungsnetze für die Bahnversorgung 5,5 Millionen Schilling, auf Zähler- und Meßeinrichtungen 13 Millionen Schilling und auf die Fortsetzung der Arbeiten an der 60-MV-Anlage im Kraftwerk Simmering 58 Millionen Schilling.

Der Bau von Unspan- und Unterwerken wird in besonderer Weise forciert. So entfallen auf die Fortsetzung der Arbeiten am Unspannwerk Heiligenstadt 7,500.000 Schilling, am Unspannwerk Leopoldau 11,410.000 Schilling, auf die Erweiterung des Unspannwerkes Leopoldstadt drei Millionen Schilling und auf die Fortsetzung der Arbeiten am Unspannwerk Traiskirchen zehn Millionen Schilling. Ferner werden drei neue große Unspannwerke begonnen, und zwar in der Kendlerstraße mit einem Aufwand pro 1959 von 14 Millionen, in Penzing mit fünf Millionen und in Stadlau mit ebenfalls fünf Millionen.

Für die Erweiterung und Verbesserung der Kabelnetze werden 25 Millionen Schilling vorgesehen, für Netzunspanneranlagen 27 Millionen, für Ortsnetze 7,670.000 Schilling und für Umschaltungen 5,460.000 Schilling.

Von den Investitionen der Gaswerke per 110,400.000 Schilling entfallen auf Simmering 5,695.000 Schilling, auf das Gaswerk Leopoldau 5,390.000 Schilling, auf das Straßenrohrnetz 41,8 Millionen und auf Gasmesser 14,5 Millionen Schilling. Außerdem werden im Rahmen des 5-Jahresinvestitionsplanes für das Gaswerk Simmering 25 Millionen, für Leopoldau 9 Millionen Schilling und für das Straßenrohrnetz 6 Millionen Schilling aufgewendet. Von besonderer Bedeutung erscheinen die weiteren Aufwendungen in den beiden Gaswerken für Methan- und Wasserdampfpaltanlagen, ferner die Arbeiten an dem Anschluß für die dritte Rohrleitung über die Donau, die Fortsetzungsarbeiten für die Errichtung des 300.000 Kubikmeter Gasbehälters am Wienerberg und die Aufwendungen für die Erdgasversorgung von Industriebetrieben.

Auf die Wiener Verkehrsbetriebe entfällt im Jahre 1959 der größte Teil der für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel. Es sind insgesamt 322,9 Millionen vorgesehen. Unter der Voraussetzung, daß die österreichische Waggonbauindustrie leistungsfähig genug ist, könnten im Jahre 1959 169 Trieb- und Beiwagen der Großraumtypen, bzw. in Form von Gelenkwagen, 72 Trieb- und Beiwagen für die Stadtbahn neu gebaut und 20 Trieb- und Beiwagen generalinstandgesetzt werden. Für den Autobusbetrieb ist der Umbau von 16 Autobussen mit Mitteleinstieg auf moderne Großraumautobusse vorgesehen. Ferner ist die Anschaffung von 34 neuen Autobussen geplant. Für den Bau einer neuen Groß-Garage im 10. Bezirk mit einem Fassungsraum von 100 Autobussen sind zunächst 8 Millionen vorgesehen. Mit den Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für eine neue Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe in der verlängerten Favoritenstraße kann begonnen werden. Von Interesse für die Bevölkerung erscheint auch, daß man von der Anfertigung von Großraumgarnituren, wie sie auf den Linien 46 und 49 verkehren, abgekommen ist und in Hinkunft einerseits Garnituren verwenden wird, wie sie auf den Linien 0, 66 und 67 verkehren mit einem zweiachsigen modernen Triebwagen und einem vierachsigen Großraum-Beiwagen. Ferner wird der Gelenkwagen, der auf der Linie 71 verkehrt, nunmehr in Serie angefertigt und schließlich werden in Wien neue 6-achsige Gelenkwagen in Auftrag gegeben, für die im Ausland bereits beste Erfahrungen vorliegen.

Das Programm für den Ersatz von Straßenbahnwagen, in denen Schienenbremsen nicht mehr eingebaut werden können, umfaßt den Ersatz von 43.650 Fahrgastplätzen durch Anschaffung von Straßenbahnwagen und Autobussen. Hiefür ist ein Betrag von 446 Millionen erforderlich, von dem eine erste Rate in der Höhe von 124 Millionen im Jahre 1959 untergebracht werden konnte.

Die Städtische Bestattung verwendet die im Investitionsplan vorgesehenen 4,1 Millionen Schilling für eine Reihe von baulichen Arbeiten u.a. für die Errichtung einer Betriebsstelle in Wien 21., für die Erneuerung des Fuhrparkes, für Aufbahrungsgegenstände, Trägeruniformen, Möbelausstattung und diverse Geräte.

Das Brauhaus der Stadt Wien verwendet die in seinem Investitionsplan vorgesehenen 3,7 Millionen in der Hauptsache für eine Niederspannungsschaltanlage in Rannersdorf für einen Lastenaufzug in der Mälzerei, für Kühlanlagen in verschiedenen Depots, für die Anschaffung von fünf Lastkraftwagen und eines Personenkraftwagens, für Transportgebäude und für Ausstattungsgegenstände in eigenen Geschäften und Gaststätten.

Die Gewista hat zunächst für das Jahr 1959 keine Investitionen vor.

Von den aus dem 5-Jahresinvestitionsplan stammenden Mittel in der Höhe von 229 Millionen Schilling entfallen 58 Millionen auf die Elektrizitätswerke, 40 Millionen auf die Gaswerke und 131 Millionen auf die Verkehrsbetriebe.

Außer den freien Investitionen von 704,900.000 Schilling haben die sechs Unternehmungen noch einen Sachaufwand in der Höhe von mehr als 1.5 Milliarden zu verzeichnen, sodaß für die Investitionen und den Sachaufwand zusammengenommen ein Betrag von 2.3 Milliarden resultiert. Dem gegenüber weisen Sachaufwand und Investitionen der Hoheitsverwaltung pro 1959 eine Summe von 3 Milliarden aus.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger führte weiter aus, er habe am Abschluß seiner Budgetrede im vergangenen Jahr mit Befriedigung feststellen können, daß sich die Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien besonders im Zusammenhang mit der von beiden Seiten gewünschten dauerhaften Sanierung der Wiener Stadtwerke gut entwickelt hat.

Es bestehe für die Zukunft berechtigte Hoffnung, daß die sicherlich nicht leichte Arbeit zu einem gedeihlichen und auch für die Bevölkerung befriedigenden Ergebnis führt. Die Verabschiedung des Fünfjahresplanes war eine historische Tat, die im Gemeinderat bereits die entsprechende Würdigung gefunden hat. Die gemeinsam verantworteten Tarifregulierungen brachten den Unternehmungen nicht unwesentliche Mehrerträge und damit auch die Möglichkeit, den Voranschlag für 1959 günstiger erstellen zu können als für 1958.

Gemeinsam habe man sich schließlich in Zusammenhang mit der beabsichtigten Verbesserung des Verkehrswesens in Wien darauf geeinigt, eine Reihe von Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb umzustellen. Sicherlich wird es in gemeinsamer Anstrengung auch künftighin gelingen, das Notwendige in Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung vorzunehmen. Wenn ich dabei in besonderer Weise auch an die Realisierung des von mir heute angeregten kleinen U-Bahn Programmes denke, so fassen Sie das als eine unabdingbare Notwendigkeit der Großstadt Wien auf, die ebenso realisiert werden muß wie etwas das neue Allgemeine Krankenhaus oder die Einbindung der Autobahn oder das Expressstraßennetz, das der Stadt zweifellos ein weltstädtisches Gepräge geben wird.

Abschließend dankte der Referent allen Mitarbeitern in den Unternehmungen sowie auch den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses XII und seines Büros für die Arbeit, die sie im Laufe des Jahres für die Unternehmungen und damit für die Stadt Wien geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.) Wir sind um ein gutes Stück vorwärts gekommen und die Investitionen, die die Unternehmungen im Jahre 1959 im Interesse einer guten Versorgung und Bedienung der Bevölkerung erbringen werden, können sich in jeder Weise sehen lassen und bilden einen namhaften Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung. Möge das neue Jahr nicht nur ein gutes für die Unternehmungen, sondern auch für die Stadt Wien und für unser Österreich werden. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Hierauf stellte Stadtrat Dkfm. Mathschlager die formellen Anträge.

Der Vorsitzende GR. Sigmund unterbricht um 18.50 Uhr die Sitzung. Die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen werden morgen, Samstag, um 8 Uhr früh, mit der Debatte fortgesetzt werden.

- - -

#### Josef Maria Pernter zum Gedenken

=====

19. Dezember (RK) Am 20. Dezember sind es 50 Jahre her, daß der Meteorologe Hofrat Prof. Dr. Josef Maria Pernter in Arco gestorben ist.

Am 15. März 1848 zu Neumarkt in Tirol geboren, studierte er in Innsbruck und Wien und wurde Assistent an der Zentralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus. Von 1884 bis 1897 wirkte er als Professor für kosmische Physik in Innsbruck, anschließend wurde er als Direktor der Zentralanstalt und als Ordinarius für Physik der Erde an die Universität Wien berufen. Pernter veröffentlichte zahlreiche Schriften mit bemerkenswerten Forschungsergebnissen über die Hohenerscheinungen, über die Verhältnisse in den höheren Luftschichten und über die meteorologische Optik. Indem er die Bedeutung der Lichtbeugung hervorhob, konnte er die Theorie des Regenbogens wesentlich vervollkommen. Sehr verdienstvoll waren seine Bemühungen um die Verbreitung des praktischen Verständnisses der Wetterkunde. Auch der Auf- und Ausbau der Zentralanstalt für Meteorologie ist ihm zu danken. Prof. Pernter war Mitglied der Osterreichischen Akademie der Wissenschaften.

- - -